

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/029

Chronik: Januar 1982 bis zum 1. November 1985

1982

Nehmen Sie einem Durchschnittsmenschen die Lebenslüge, und Sie nehmen ihm zu gleicher Zeit das Glück.

Henrik Ibsen (1828-1906, norwegischer Dichter)

Januar 1982

BRD: Die Zeitschrift "Stern" Nr. 1/1982 berichtet über das Deutschlandbild der Japaner (x025/214): >>... Das japanische Klischee sieht Deutschland noch in den Klauen der Nazis. Jeder fünfte Schüler, der an Deutschland dachte, malte Hitler – gleich neben Neuschwanstein, Rhein, Bratwurst und Maßkrug. Selbst im Bierschaum noch erscheinen die angstverzerrten Gesichter von KZ-Opfern.

Warum tobt der häßliche Deutsche durch die Phantasie der Japaner? Schüler, Lehrer und Journalisten verweisen zur Erklärung meist auf das japanische Fernsehprogramm. Dort ist der Zweite Weltkrieg noch lange nicht zu Ende. In amerikanischen Serienproduktionen ... kämpfen clevere US-Soldaten unermüdlich und stets erfolgreich gegen tumbe, brutale Landser, deren schnarrende Kommandos im deutschen Originalton überkommen. Wochenzeitschriften werben mit Hitlers Konterfei für einschlägige Neuerscheinungen auf Japans Buchmarkt. Nazi-Kinofilme und Nazi-Comics lassen Deutschland und Drittes Reich eins werden. ...<<

11.02.1982

DDR: Pfarrer Rainer Eppelmann, der den Austritt der deutschen Staaten aus den Militärbündnissen fordert, wird am 11. Februar 1982 nach 2tägigen Verhören aus der Haft entlassen.

13.02.1982

DDR: In der Dresdener Kreuzkirche beteiligen sich am 13. Februar 1982 etwa 5.000 meist junge Menschen an einem Friedensforum der evangelischen Landeskirche. Die Veranstaltung steht unter dem Motto "Schwerter zu Pflugscharen".

Februar 1982

BRD: Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Februar 1982 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 142 - 1982 (x853/...): >>**Die Befreiung vom Rechtsstaat durch emanzipatorische Rechtserziehung in der Schule**

Ein Beitrag zum Problem "Aushöhlung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips" aus der Perspektive des Pädagogen (Bökmann).

1. In einem Gottesdienst am 26.11.81 in Bonn hat Kardinal Ratzinger vor katholischen Abgeordneten vor einer Totalisierung des Staatsanspruchs, den Menschen zu betreuen und zu verwalten, gewarnt. Insbesondere über die staatlichen Pflichtschulen und eine das Totum des Menschen erfassende "Erziehung" ("Sozialerziehung"; Zwangs-Sexualerziehung unter Verletzung der Scham- und Intimsphäre; "Aufbrechen der Eltern-Kind-Beziehung"); aber auch über lebenslängliche pflichtmäßige und "flächendeckende" Service-Stationen werden derartige Zugriffe (Jugendhilfegesetzentwurf) praktiziert. Sie scheitern partiell nur an der Unfinanzierbarkeit solcher angeblich "sozialer" Wohltaten.

Ratzinger dagegen: Ein Staat, der das Ganze des menschlichen Könnens und Hoffens sein wolle, wäre falsch und antichristlich. Vertreter einer solchen Staatsauffassung, die als ihr Ziel die vollkommene Befreiung des Menschen propagieren, die Aufhebung aller Herrschaft, stünden im Widerspruch zur Wahrheit des Menschen und im Widerspruch zu seiner Freiheit, "weil sie den Menschen einzwängen in das, was er selber machen kann."

Und dann: "Solche Politik, die das Reich Gottes zum Produkt der Politik erklärt und Glaube in den universalen Primat des Politischen beugt, ist ihrem Wesen nach Politik der Versklavung, sie ist mythologische Politik." Erster Dienst des christlichen Glaubens an die Politik sei es daher, den Menschen von der Irrationalität politischer Mythen zu befreien, die die eigentliche Bedrohung unserer Zeit seien.

Genau eine derartige emanzipatorische Erziehungs- und Schulideologie aber wird massiv - wie im folgenden nachgewiesen - durch einen Großteil unserer Schulbücher und also des entsprechenden Schulunterrichts vermittelt. Und dies mit z.T. durchaus manipulatorischen Mitteln.

2. Eine Rolle spielt dabei die Umdrehung von verfassungsmäßigen Schutz-Rechten (so entstanden sie - so sind sie aufzufassen) zu Anspruchsforderungen; vom Rechts-getragenen und Rechts-gebundenen Staat, der dies Recht - v.a. bei Wehrlosen - gegenüber Angriffen, u.U. auch mit Machtmitteln, verteidigt, zum verwaltenden Verteiler und Betreuer unter Gleichheits- bzw. Gleichmachensdruck.

3. Daß aber Macht - auch und gerade die des Staates - nicht vor Recht gehe, ist der Kern echter Menschenrechte, ihre ethische Substanz. Das war und ist schon Felsengestein der prophetischen Verkündigung; glasklar formulierte Erkenntnis frühgriechischer Ethik; Grundgedanke römischen Rechts; v.a. dann jene Grundkonzeption des Naturrechts und sein immerwährendes Postulat, das - im Sog einer Emanzipationsradikalität, die sich auch von der normativen Verbindlichkeit des Rechts "befreien" will - heute verspielt und verloren zu werden droht.

Es gehört zum Ruhmestitel der katholischen Moralthologie, daß sie dies Naturrecht und seine "immerwährende Wiederkehr" aufgenommen, vertieft und als gottgestiftetes, unvergängliches und unantastbares Recht durch die Zeiten geschichtsmächtig getragen hat. Es ist eine heute vielfach gehörte, nichtsdestoweniger falsche Behauptung, die sogenannte "moderne Freiheitsgeschichte" verdanke sich der französischen Revolution und die so verstandenen Menschenrechte müßten nun auch in der Kirche durchgesetzt werden. Die "Magna Charta Libertatum", auf der die Erklärung von 1789 beruht, stammt von 1215!

Auch gab es schon alte Volks- und Verbandsrechtskodifizierungen ("Lex Salica" z.B.); noch älter das Ius gentium der Römer und - wie gesagt - das Naturrecht ("Homo homini sacra res!"). Selbst im Zeitalter des Königtums war man grundsätzlich gehalten, die Macht als im Dienst des Rechts stehend aufzufassen (auf der alten Kaiserkrone stand gar: per me reges regnant). Die widerliche, prinzipienlose "pseudo-vernünftige" Wurstelei, die man heute angesichts eklatanter und brutaler Unterdrückung elementarer Rechte praktiziert, fällt deshalb weit hinter frühmenschliche ethische Errungenschaften zurück.

4. Selbstkritisch muß jedoch erwähnt werden, daß diese sozialetische Grundidee auch von neueren Moraltheologen nicht nur kritisiert, bezweifelt, relativiert sondern geradezu diffamiert wurde (symptomatisch: Franz Böckle, Hg.: Das Naturrecht im Disput, Düsseldorf 1966; Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde: Naturrecht in der Kritik, Mainz 1973). Aus übertriebener Aversion gegen eine angebliche oder partiell tatsächliche "Verrechtlichung" der Moral; vom Interesse geleitet, die Begründung von ungeliebten Lehren der Moral zu hinterfragen und ihren guten Sinn zu verdrängen, vertraten sie eine strikte "Trennung von Moral und Recht".

Wenn aber das Recht seines tiefsten Gültigkeitsfundaments und seines Durchsetzungsanspruchs durch den Staat beraubt wird, wenn seine Unverletzlichkeit, seine "Heiligkeit" (fiat iustitia! Wehre dem Unrecht!) ins Relative und Private "liberalisiert" wird, entartet es zu substanzloser Maßnahmen-Verwaltung, zu formalistischer "Legitimität", wird aus Strafe (deren ethische Sanktion Paulus in Römer 13 noch unüberbietbar lehrte) "Resozialisierung", aus Schuld "Zerrüttung" oder "Einfluß der Gesellschaft".

Schließlich wird ein derartig ausgehöhltes "Recht" verführt, blankes Unrecht, bloße Gewalt zu "legalisieren" (z.B. bei "legalen" Abtreibungen, "Euthanasie" - Tötungen oder dem "Kriegs-Recht" in Polen). Und zwar geschieht eine derartige Pervertierung - eben durch Verzicht auf die ethische Fundierung jeglichen Rechts, das diesen Namen verdienen will - dann notwendig.

5. Die folgenreiche und verhängnisvolle Polemik neuerer Moraltheologen gegen das Naturrecht und was man dafür hielt, hat den Kampf gegen die Mitte der 60-er Jahre mächtig betriebene Eskalation der sogenannten "Rechts-Reformen" gelähmt. Statt nach ethischen Grundkriterien wurde nur mehr nach "Sozialschädlichkeit" (die man sehr unterschiedlich sehen und prognostizieren konnte) gefragt.

So fehlten zentrale Argumente; es wurde mehr nach der vermuteten Effektivität oder behaupteten Wirkung von Rechtsänderungen gefragt und dann endlos hypothetisch gerechnet und gestritten (vgl. etwa den Streit um die angeblich so hohen früheren Dunkelziffern von Abtreibungen, auf deren Basis man dann glaubte, der "Liberalisierung" eine Verbesserungschance anzusprechen zu können: so z.B. Prof. Gründel/München; und dann ganz ähnliche "Argumente" im Munde des damaligen Justizministers Vogel in seiner Fernsehdiskussion mit Kardinal Ratzinger).

6. Um so grotesker wirkt die heute bei denselben Moraltheologen üblich gewordene Promotion einer "Rechtsgüterabwägung" zur bevorzugten Normfindungsmethode in der Moral. Sie, die nicht müde wurden, der klassischen Moraltheologie 'Juridismus' vorzuwerfen, übernahmen selber einfach eine Entscheidungshilfefigur von den Juristen, wobei sie gleichzeitig keine wirklich schlechthin gültigen Kriterien für eine derartige "Abwägung" angeben und festhalten. Das ist echte und, noch dazu im defizitären Sinn von "Recht", praktizierte "Verrechtlichung"! Konsequenterweise verlieren sie sich immer mehr in rabulistische Kasuistik bzw. Situationsethik oder utilitaristische Teleologie (Erfolgsethik).

7. Wenn aber keine schlechthin objektiven Gültigkeiten mehr anerkannt werden, steht letztlich hinter allem "Abwägen" der Anspruch einer autonomen Entscheidung. In dieser Linie ist es ganz erklärlich, daß die "autonome Moral" (Alfons Auer und andere) aufkam.

Sie korreliert mit dem im folgenden dargestellten Jakobinischen Verständnis von "Befreiung" (Emanzipation), insofern eine radikale Unabhängigkeit - "Freiheit" / "Autonomie" - von vorgegebenen Sinn- und Wesensgehalten zugunsten einer Souveränität des entscheidenden Einzelnen behauptet wird. Wenn eine derartige ethische Autonomie durch das Adjektiv "theonom" sekundär theologisiert wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Befreiung von Sein und Sollensverweis der Schöpfungswirklichkeit vollzogen wird.

So wird - zum ersten Mal in der Geschichte der Moraltheologie - z.B. Abtreibung als u.U. sitt-

lich möglich ... als Ergebnis einer entsprechenden situativen "Güterabwägung", als sittlich geboten angesehen, menschliches Leben, die Tötung Unschuldiger, zur Disposition gestellt (Vgl. die Besprechung der "Fundamental-moral" von Fr. Böckle durch Prof. Josef Georg Ziegler in "Münchener Theologische Zeitschrift" 1981, S. 222-237; hier S. 230).

8. Daher trifft Ratzingers hell-sichtig-aufdeckende Darlegung durchaus auch Vor-Denker in der Kirche. Was aus derartigen, nur scheinbar akademischen Erörterungen an fürchterlicher Folge-Wirklichkeit werden kann, werden (sich) die jetzt Fünfzigjährigen noch erinnern können. Dagegen wollten die Väter unseres Grundgesetzes die einzig gültige Garantie gesichert wissen: daß die Grundrechte, unabhängig vom Staat, von irgendwelchen Mehrheiten, nämlich von Natur aus und immer verpflichtend und vom Staat aktiv wirksam zu schützen sind.

(Für die Bildungsarbeit kann gute Dienste tun das Heft Nr. 62 der Reihe "Kirche und Gesellschaft", Hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach: Dreißig Jahre Grundgesetz, von Willi Geiger, 1979,... Mönchengladbach - Von demselben Autor: Grundwerte und Grundrechte in der Spannung zwischen Kontinuität und Veränderung, in: "Arbeitshilfen" Nr.19, Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, ... Bonn).

Die ideologisch manipulierte Erosion der Rechtsbindung fand neuerlich in dem kläglich-beschämenden Taktieren anlässlich von offen rechtswidrigen "Hausbesetzungen" einen ziemlich explosiven Ausdruck. Bei den Verteidigern solcher Rechtsbrüche fehlte nicht der BDJ (Berlin). Schnell war auch ein Moralthologe zur Hand, der die Dinge u.U. ganz verständlich fand, ja sie gegebenenfalls für legitimierbar hielt.

Aus der also moralthologisch hofierten Hausbesetzerszene aber kam der Aufruf zu jenem Anarcho-Festival "Tuwat-Kongreß", zu dem "Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies, Gammler, Schwarze und 'Indianer', Schwule und Lesben, Alternative und Grüne, Radler, Sozialisten, Anti-AKW-ler, Kraaken und Instandbesetzer" erwartet wurden.

Man muß dem Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Erwin Brißmann, deshalb sehr dankbar sein, daß er das seltsame und lange Schweigen zu der schrecklichen Verharmlosung zynisch und gewaltmäÙig verübter Rechtsbrüche auch im katholischen Bereich durchbrochen hat. In einer Erklärung vom 5.7.81 heißt es: "Wer die gesetzliche Ordnung verletzt und dadurch eine Straftat begeht, 'kriminalisiert' sich selbst ... Wer sich ohne Recht eine Wohnung nimmt, ist nicht besser als derjenige, der sich sonst seinen Lebensbedarf zusammenstiehlt.

Wer trotzdem für eine bestimmte Gruppe von Rechtsbrechern mit dem hier unzutreffenden Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Ausnahmebehandlung fordert, betritt den Weg zu einer 'politischen Justiz', wie sie die Zeit der Hitler-Diktatur kennzeichnet ... Besonders verwerflich ist es, wenn sich Politiker den Rechtsbrechern mit einem Entgegenkommen anbieten, das sie dem in gleicher Notlage stehenden rechtstreuen Bürger nicht gewähren ..."

Das Tauziehen um eine entsprechende Erklärung des ZdK (Mitte Mai 81) zeigte jedem, wie weit eine gefährliche Depotenzierung der sittlichen Rechtsidee bereits in die Reihen von kirchlichen Funktionären gedrungen ist.

9. Kümmern wir uns im Unterricht ... um die Erweckung der Verpflichtung, Recht zu tun, zu denken, durchsetzen zu helfen? Wehren wir den parteiischen Suggestionen der Diffamierung ganzer Schichten, Gruppen, "Klassen"? Erkennen wir die große Verführung für Jugendliche, Sündenböcke benannt zu bekommen, auf die man Problemdruck, Gewissensbisse und Aggressionen abwälzen kann? Vertreten wir gegenüber den allzu vielen, von Gesinnungs- und Behaltens-, von Angst- und Ideologie-Pazifismus Umnebelten wieder die schlichte Wahrheit: opus iustitiae pax? Ein "Friede" ohne Wahrheit, Recht und Gewissensfreiheit bedeutet schließlich Krieg gegen das Recht, Aufstand gegen Gott.

Letzten Endes jene "Ruhe", die zum Endpunkt einer Versklavung wird, und in der perfiden

Form der regressiven Domestizierung eines zum bloßen Bedürfnisbefriedigungswesen heruntermanipulierten Menschen.

10. Demgegenüber ist es bestärkend, daß der Heilige Vater in Seiner Ansprache an die Vereinigung katholischer Juristen Italiens am 6. Dezember 1980 an die große und immerwährende ethische Tradition von der souveränen Instanz des Natur-Rechts erinnert hat:

"Die erste, radikalste und wenn auch nur anfängliche Ordnung der Gerechtigkeit unter den Menschen ist das Naturrecht, das die menschliche Person zum ersten Grund und zum letzten Ziel des gesamten politisch zusammengeschlossenen Lebens macht. Jenes Recht, aus dem in der Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit der geschichtlichen Situation die verschiedenen positiven Ordnungen und Institutionen hervorgehen.

Jenes Recht, das diesen Ordnungen vor der öffentlichen Macht - und noch mehr als diese - ihre ethische Gültigkeit, ihre ständige Vervollkommnungsfähigkeit und ihre zunehmende Mitteilbarkeit an immer weitere Zivilisationen bis hin zur Weltzivilisation sicherstellt." (Deutscher Osservatore Romano 1981 Nr. 3 vom 16.1.81, S. 9).

11. Wer sich über die "Entmachtung des Rechts" durch eine kurze, aber sehr treffende "kritische Analyse der eingeleiteten Strafrechts- und Justizreform" informieren will, sei hingewiesen auf den Sonderdruck gleichen Titels von Friedrich Graf von Westphalen im Verlag "Rheinischer Merkur" (er enthält Beiträge in den Ausgaben Nr. 2, 3, 4, und 5 /1971).

Der folgende Beitrag kann durch die Broschüre vertieft werden: Clemens und Rudolf Willeke: Recht und Justiz im Unterricht – Die Befreiung vom Rechtsstaat (Sonderbeilage März 1980 des ibw-Journal, Paderborn ...).

12. Das, was Rudolf Willeke im folgenden darlegt, beruht auf einer großangelegten Untersuchung und kritischen Analyse: H. Günther / R. Willeke, Die Gesellschaft im Schulbuch, Brendow Verlag, Moers (im Druck) 1982, eine empirische Studie über die in der Bundesrepublik genehmigten Deutsch- und Politikbücher der Sekundarstufe I.

In dieser Arbeit wird gefragt und nachgewiesen, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität sich die neomarxistische Kritische Theorie, die kritisch-emanzipatorische Pädagogik und die Konfliktdidaktik im Schulbuch, unterschiedlich nach Bundesländern, durchgesetzt haben. Es gelingt den Autoren nachzuweisen, daß Fragen der Religion und Transzendenz schlicht ausgeblendet werden.

Der Kölner Rechtsphilosoph und Richter am Verfassungsgerichtshof/NW, Prof. Dr. Martin Kriele stellte in seinem Vortrag bei der Gründung der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften) zwei einander widerstreitende geistige Traditionen vor.

Beide seien in der Französischen Revolution verwurzelt und beide zusammen führten in der Gegenwart zu einem politischen Konflikt, der dramatische Formen annehmen könnte, weil die Ideen in ihrer Konsequenz unüberbrückbar gegensätzlich seien.

Die eine Idee, die Kriele Freiheitsidee nennt, trug die Französische Revolution von 1789 und richtete sich auf bzw. verwirklichte sich in den westeuropäischen demokratischen Verfassungsstaaten, die die Menschenrechte institutionell garantieren sollten und eine Rechtsordnung hervorbrachten, die auf Respekt vor dem Menschen (Menschenwürde) basierte.

Die gegenläufige Idee, die "Befreiungsidee" gehe auf die Herrschaft der Jakobiner von 1792 zurück und richte sich auf die Überwindung des Verfassungsstaates und auf die "Befreiung" aller Menschen zur richtigen Gesinnung. Diese Revolution führt zum Terror der "Tugend" und zu einer Rechtsordnung, in der die herrschende Gruppe das Recht in den Dienst der Volkserziehung stellt.

Kriele versucht, meines Erachtens etwas gewaltsam, das Programm der Jakobiner in aktuelle Schlagworte zu übersetzen:

- Demokratisierung aller, d.h. auch der privaten Lebensbereiche;
- Fundamental- oder Basisdemokratie mit imperativem Mandat;

- Abschaffung von Herrschaft der Menschen über Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Kirche, Betrieb, Krankenhaus, Gefängnis);
- Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen und der gesellschaftlichen Kräfte bis hin zur Anarchie und zur Propagierung der Herrschaft des wissenschaftlichen Sozialismus. Im persönlichen Leben des Einzelnen sollte die Freiheitsidee der Französischen Revolution zur Ermöglichung von Mündigkeit und Freiheit des Bürgers im Schutze staatsrechtlich garantierter Institutionen führen.

In der Staatssphäre dagegen sollte sie die repräsentative Demokratie als die dem zu Freiheit und Verantwortung bestimmten Menschen adäquate Staatsform durchsetzen.

Die Befreiungstradition der Jakobinischen Revolution dagegen versuchte, gegenüber dem Prinzip der Repräsentation das der Identität von Herrschenden und Beherrschten durchzusetzen und die durch Verfassung geschützten Institutionen aufzuopfern, wobei sie ständig der Gefahr ausgesetzt war, von Herrschaftsfreiheit in Erziehungsdiktatur der "Aufgeklärten" umzuschlagen.

Im Individualbereich, so Kriele, zielt die Befreiungs- oder Emanzipationsidee der Jakobinischen Revolution auf die Bestreitung der Menschenwürde und die Bevormundung des Geistes ab, weil sie die Freiheit den unreifen Bürgern erst nach einer Erziehungsdiktatur geben will.

Kriele nennt die Freiheits-Idee daher die "legitime" Idee der Politik. Sie steht der Vernunft- und Aufklärungsphilosophie des Deutschen Idealismus nahe, während er die Befreiungs- und Emanzipationsidee als "illegitime" Idee bezeichnet, weil sie der Philosophie des Dialektischen bzw. Historischen Materialismus von Marx bis Habermas folgend, auf Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und auf "Befreiung" des Individuums von Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Religion (K. Marx) abziele und letztlich die Praxis terroristischer "Befreiungsorganisationen" bzw. die Diktatur des Proletariats legitimiere und schließlich auch postuliere.

Wenn die von Kriele angenommene Unterscheidung für die geistige Situation der Gegenwart kennzeichnend ist, also die "Legitimationsgrundlagen des die geistige Freiheit schützenden demokratischen Verfassungsstaates" ins Schwanken geraten ist (FAZ, S. 11), dann müßte diese Auseinandersetzung zwischen der legitimen Freiheitsidee auf der einen und der illegitimen Emanzipationsidee auf der anderen Seite auch in den Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung in der Schule der Bundesrepublik anzutreffen sein.

Ich beschränke mich im folgenden auf den Nachweis, daß in neueren Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung die Freiheitsidee von der Emanzipationsidee verdrängt wird. Dabei sind die vorgeführten Beispiele aus einer Vielzahl von Lernanregungen herausgegriffen, sie dienen der Veranschaulichung.

Eine Objektivierung ermöglichen die empirischen Daten einer Totalerhebung aller in den Bundesländern genehmigten Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I.

Rechtskundliche Beispiele, die der legitimen Freiheitsidee nahestehen, lassen sich ebenso leicht beibringen.

Im nächsten Abschnitt geht es also darum aufzuzeigen, mit welchen Lerninhalten das Rechtsbewußtsein der Schüler geprägt bzw. welche Informationen über das Recht und das moralisch Gute die Schüler in emanzipatorischen Schulbüchern erhalten.

Im zweiten Abschnitt werden exemplarisch Unterrichtsmethoden vorgeführt, mit denen das Rechtsbewußtsein der Schüler trainiert und geprägt wird.

I. Inhalte und Lernanregungen emanzipatorischer Rechtserziehung

1. Beispiel: In einem *Religionsbuch* für die 4. Klasse sollen die Schüler darüber diskutieren, ob ein braves Kind geschwind gehorcht. Dazu erhalten sie nacheinander folgende Informationen, die sie z. T. im Schülerarbeitsheft "verarbeiten" sollen.

- Wem gehorchen? (Überschrift)

"Wenn die Mama morgens schreit: Aufstehen, Kinder, höchste Zeit! - sagt ein richtig braves Kind: Die spinnt! ...

Vaters Sprüche: ... Und wenn Papa abends droht: Schluß mit Fernsehen, Abendbrot! - schreit doch jedes Kind im Haus: Raus!"

- Der nächste Text: 'Streit vermeiden?' schildert einen Streit zwischen einem Sohn, der spielen möchte und einem Vater, der verlangt, daß zuvor die Hausaufgaben ordentlich erledigt werden und sich mit einem 'scharfen Schlag' statt mit vernünftiger Begründung durchsetzt. Diese Kurzgeschichte wird durch eine Bildserie veranschaulicht: Der Sohn hat das Bedürfnis, im Wohnzimmer Fußball zu spielen, der Vater dagegen Zeitung zu lesen. Dieser Streit endet mit einem ebenso schmerzhaften Schlag auf die Wange des kleinen Jungen.

Daneben steht die Aufforderung an die Kinder - durch rote Balken eingerahmt - "Ehre deinen Vater und deine Mutter ..." mit dem kommentierenden Text der Herausgeber: Dieses Gesetz gehört einer vergangenen Zeit an, in der Erwachsene ihre altgewordenen Eltern nicht aus dem Hause weisen, nicht verhungern lassen und nicht töten sollten.

- Die nächste Information: "Kennst Du die Wegwerfsachen?" soll den Schülern den Eindruck vermitteln, daß in unserer Gesellschaft immer noch alte Menschen ausgesetzt werden. Der Text lautet nämlich: Kennst Du die Wegwerfsachen? Man trifft sie an jedem Ort: einer ist krank, einer ist alt, einer ist schwach, einer zuviel, und sind sie verbraucht, schickt man sie fort, hinaus vor die Tür, hinein in die Anstalt, hinaus auf die Straße, hinein ins Asyl.

Schülerarbeitsheft und Lehrerhandbuch veranschaulichen das Verhalten unserer Gesellschaft gegenüber den Alten und Verbrauchten durch einen kraftstrotzenden Müllwerker, der gerade einen ängstlich dreinschauenden alten Mann mit dem Deckel in die Mülltonne drücken will und dabei die Worte spricht: "Na, Alterchen, Dich brauchen sie wohl nicht mehr".

Die Schüler sollen im Arbeitsheft die Menschen benennen, die nach dem Gedicht ähnlich wie der Alte behandelt werden.

Es ist ganz klar, was Gedicht und Bild mit dem Thema 'Gehorchen' zu tun haben. Es wird der Eindruck erzeugt, daß wir in einer inhumanen Gesellschaft leben, in der die Kranken, die Alten, die Schwachen, die Überflüssigen, die Verbrauchten rechtlos sind und von der jüngeren Generation wie Einwegflaschen und Plastiktüten weggeworfen werden können.

Ob das Gehorsamsgebot durch diese Informationen einsichtig gemacht und ob diese Informationen dem Wesen und Selbstverständnis unserer Gesellschaft gerecht werden, soll hier nicht erörtert werden.

- Im nächsten Lernschritt wird den Schülern des 4. Schuljahres mitgeteilt, warum manche gehorchen, nämlich weil sie z.B. zu faul sind nachzudenken, weil sie es so gewohnt sind, weil sie keine Scherereien haben wollen und warum manche nicht gehorchen, weil sie z.B. Gehorsamsforderungen für unsinnig halten, weil sie wissen, daß der andere ihnen nicht viel tun kann, weil sie gerade keine Lust haben, oder die Aufforderung für falsch halten.

Gewissermaßen als Beweis wird mitgeteilt, daß Jesus auch gegen das Sabbatgebot des AT verstoßen habe und schon als Knabe seinen verständnislosen Eltern durchaus nicht immer gehorsam und untertan gewesen sei.

- Im letzten Lernschritt wird gefragt, ob man dem Gott oder dem Menschen gehorchen soll. Ob man allerdings einem Gott gehorchen kann, der "Unruhe bringt", der "nicht gehorcht", der angeblich "Gott lästert", ist eine Frage für sich.

In der Primarstufe, für die diese Lernsequenz gemacht ist, ist nach dem Schweizer Psychologen J. Piaget das Rechtsbewußtsein durch die Gehorsamserziehung bestimmt, deshalb ist sie in diesem Zusammenhang hier dargestellt. Sie verdeutlicht darüber hinaus, wie Normen im Unterricht hinterfragt, als historisch bedingt dargestellt und in ihrem Verbindlichkeitsanspruch diskursiv gelockert werden.

Im emanzipatorischen Pädagogik-Konzepten wird die Darstellung einer mangelbehafteten und

negativen Wirklichkeit betont. Von Th. W. Adorno beispielsweise wird formuliert, daß der konkret Mündige mit aller Energie darauf hinzuarbeiten habe, daß die Erziehung eine Erziehung zum Widerstand und Widerspruch sei. Es müsse das Bewußtsein davon geweckt werden, daß die Menschen immerzu betrogen werden. Er nennt dies eine Pädagogik des Madigmachens, die dem jungen Menschen unsere manipulative, falsche Welt madig mache, damit er ein Fremder werde in einer ihm feindlich gegenüberstehenden Gesellschaft.

Der einflußreiche Pädagoge W. Klafki fordert im Sinne dieser Konzeption: Kritische Pädagogik muß notwendigerweise zur permanenten Gesellschaftskritik werden oder sich mit Gesellschaftskritik verbünden.

Die Methode der emanzipatorischen Erziehung besteht also darin, vorhandene Mißstände zu sammeln, als repräsentativ auszugeben und einseitig gesellschaftskritisch zu interpretieren.

So fordern z.B. die Richtlinien für den Politik-Unterricht NW, daß es in das Belieben des Schülers zu stellen sei, die Normen der Gesellschaft anzuerkennen oder abzulehnen.

Bei der Textauswahl für den Deutschunterricht muß nach den Lehrplänen für Deutsch geprüft werden, auf welche Weise die Beschäftigung mit einer Textsorte der Emanzipation dienen kann.

Entscheidend ist also nicht die Qualität von Dichtung oder Sprache, sondern der politische Nutzwert der Beschäftigung damit. 75 % bis 80 % der Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I enthalten Lernanregungen, das Negative in unserer Gesellschaft zu behandeln.

Kritisiert wird von den Schulbüchern

- daß überall Herrschaft und Unterdrückung wirksam sind ...

- daß Macht ungleich verteilt ist und nicht alle gleichen Einfluß haben ...- daß die Welt und die Gesellschaft durch den Gegensatz von arm und reich geprägt sind ...

- daß es Randgruppen und Außenseiter gibt; ... die ungerecht behandelt werden, mit denen man sich solidarisieren sollte;

- daß es Umweltverschmutzung gibt ...

In 40 % - 60 % der Schulbücher wird Technik und technischer Fortschritt als negativ, als arbeitsplatzgefährdend, gesundheits- und umweltschädlich und lebensbedrohend dargestellt.

Auf die Methoden der Erhebung dieser Zahlen kann hier nicht eingegangen werden, sie werden in der Schrift "die Gesellschaft im Schulbuch" ausführlich dargestellt.

2. Ich komme zum zweiten Beispiel aus dem Deutsch-Unterricht der SekSt I. In einem Lesebuch) für das 8. Schuljahr wird eine Lernsequenz von 13 Texten mit der Überschrift versehen: "Wessen Recht ist dieses Recht"?

- Die Texte 1, 2, 3 schildern Schießereien zwischen der Polizei und Automardern, Gangstern und Mördern im Kriminalromanstil.

- Die Texte 4 und 5 schildern in Wort und Bild, wie amerikanische Neger in Slums zusammengepfercht leben und um ihre Menschenrechte durch Rassenkrawalle kämpfen müssen.

In der redaktionellen Fußnote wird den Schülern mitgeteilt, daß die Neger in den USA unterdrückt bzw. durch Gesetzgebung und Rechtsprechung benachteiligt werden bzw. um juristische und politische Gleichberechtigung (= Emanzipation) kämpfen müssen: die einen (Black Panther) mittels Raub, Mord und Brandstiftung die anderen (M. L. King) durch gewaltfreien Widerstand.

- Im 6. Text von Bert Brecht tritt Till Eulenspiegel als Richter auf und erlegt einem Bauern, der in Volltrunkenheit einer Frau mit einem Holzschleit das Rückgrat gebrochen hatte, eine Geldbuße von 5 Gulden auf, läßt sich das Geld geben und verschwindet.

- Im nächsten Text werden die Schüler über das "Wesen des Strafvollzuges" informiert.

Ein Zuchthausaufseher wird durch zwei Bäcker in einer Zelle in ein tiefes Dilemma gebracht, weil er beide resozialisieren soll. Der eine sitzt seit 4 Jahren, weil er gesetzwidrig Kleie verbacken hatte und dadurch zu erheblichem Reichtum gekommen war.

Der andere wurde vor 5 Monaten ebenfalls zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft, weil er nach einer Änderung des bislang gültigen Lebensmittelgesetzes keine Kleie ins Brot gebacken hatte und damit der Volksgesundheit geschadet habe.

Der Aufseher fragt sich, wie er dem einen beibringen könne, daß Kleie Diarrhoe verursache, dem anderen aber, daß Kleie Knochenmark bilde.

- Der nächste Text (K. Tucholsky) fragt, warum eigentlich Angeklagte vor dem Richter stehen müssen. Die Antworten des Textes lauten: durch das Stehen werde die Wehrlosigkeit des Angeklagten manifestiert, werde dem Angeklagten klar, daß er sich zu verantworten habe. Der Richter stülpe dem Stehenden eine Strafe über den Kopf, ohne viel Verständnis für die körperlichen, seelischen und sexuellen Nöte des Verbrechers zu haben.

- Die nächsten beiden Fabeln dieser Lernsequenz scheinen besonders aufschlußreich für das Denken der Autoren dieser Lesebuchreihe. Die Fabel von R. Kirsten berichtet von einer Katze, die die Jungen eines Rattennestes abschleppt. Da schrie die Ratte, wie kannst Du mir meine Kinder nehmen, da du doch selbst Mutter bist? "Eben drum", antwortete die Katze, "meine Kinder essen nichts lieber als junge Ratten."

Nach Durchlesen dieser Fabel sollen sich die Schüler überlegen, "wovon es abhängig ist, *was* und *wen* man kriminell nennt." Nach dem LHB sollen die Schüler der Fabel entnehmen, daß das, was den Konfliktparteien als Recht erscheint, in Wirklichkeit oft nur Nützlichkeitsermäßigungen sind. Die Schüler sollen erkennen, wo der Autor Kirsten auf die *Relativität von* Rechtsnormen und Moralvorstellungen hinweist.

- In der zweiten Fabel von Fr. Hetmann hat Bruder Fuchs die Schwester Gans geschnappt und will sie auffressen, weil sie auf seinem See geschwommen sei. Die Gans bittet ihn, durch ein Gericht prüfen zu lassen, wer im Recht sei. Als beide vor Gericht ankamen, was mußte die Gans da erleben. Der Sheriff war ein Fuchs, der Richter war ein Fuchs, die Staatsanwälte waren Füchse und die Geschworenen waren auch Füchse, sie verhörten die Gans, verurteilten sie, ließen sie hinrichten und nagten gemeinsam die Gänseknochen ab.

Moral: "Wenn alle Leute, die man auf den Gerichten antrifft, Füchse sind, und unsereiner ist nur eine ganz gewöhnliche Gans, dann braucht ihr keine Gerechtigkeit für einen armen Neger zu erwarten."

Bezieht man die Aussagen der Fabeln auf die Frage: ‚Wessen Recht ist dieses Recht?‘ so kann die Antwort nur lauten: dieses Recht ist Klassenrecht, diese Justiz ist Klassenjustiz, es ist das Recht der Herrschenden, der Mächtigen, der Schlawen, und es ist gleichzeitig das Unrecht gegenüber den Schwachen und Wehrlosen. Die Herrschenden haben eine Ideologie, mit der sie ihr Recht zu legitimieren versuchen, und sie haben auch alle Machtmittel in der Hand, ihr Recht durchzusetzen.

Die Gerichte sind der verlängerte Arm der Herrschenden und partizipieren an den Benefizien des Systems. Alle Herrschenden stecken unter einer Decke und die Beherrschten warten vergeblich auf Gerechtigkeit. Im LHB heißt es zur letzten Fabel: Hetmann will darauf aufmerksam machen, daß die in einer Gesellschaft als verbindlich geltenden sittlichen Normen bedeutungslos sind, solange sich die Machtmittel in der Hand ein und derselben Interessengruppe befinden, die keinerlei Einschränkung und Kontrolle fürchten muß und daher ihre Interessen bedenkenlos auf Kosten des Schwächeren durchsetzen kann (LHB, S. 67).

Das mag grundsätzlich richtig sein, nur zur Erstinformation der Schüler über eine wirkliche Rechtsordnung allgemein und über unsere Rechtsordnung in der Bundesrepublik im besonderen problematisch.

Auch an dieser Lernsequenz wird deutlich, daß an keiner Stelle die Bedeutung des Rechts und der Rechtsprechung für das Zusammenleben von Menschen in der Gesellschaft anklingt. Dem Jugendlichen wird somit jede Einsicht in die Vernunft des Rechts, jede Achtung vor dem Recht, jede Möglichkeit der Identifikation mit den Rechtsnormen, mit den Organen des

Rechts und mit dem Rechtsstaat von vornherein verbaut. Die Autoren präsentieren ausschließlich solche Texte, die den Schülern eine kritische Einstellung zum Recht im weitesten Sinne vermitteln.

Diese Absicht der Autoren wird im LHB (S. 57/58) wie folgt umschrieben: Der Schüler soll - "erkennen, daß Rechtsnormen oft auch Ausdruck von Herrschaftsinteressen sind;"

- "die Gefahr erkennen, die in der Hingabe an das instinktive und emotionale Rechtsempfinden liegt, weil ein derart unkontrolliertes Verhalten die Menschen politisch blind, in hohem Maße manipulierbar und oft auch unmenschlich werden läßt;"

- "die Wandelbarkeit von Normen erkennen, (was allerdings nicht heißt, Normenlosigkeit oder das Übertreten von Normen propagieren), aber die Berechtigung bestehender Normen muß immer wieder überprüft werden."

Die Schüler sollen mit den Normen der Gesellschaft konfrontiert und zur 'kritischen Resistenz' gebracht werden. LHB (S. 58).

Dieser Intention folgt die Textreihe konsequent.

Nach der empiristischen Untersuchung lassen sich 54 % der Schulbücher als "Trendsetter" lesen, d.h. sie passen homogen die emanzipatorischen Trends und beinhalten das emanzipatorische Menschenbild, die klassisch marxistische Gesellschaftsanalyse, die emanzipatorische Kritik an der Familie und die antireligiöse Grundströmung. Knapp 20 % der nach 1976 erschienenen Bücher gehören der Konzeption nach in die voremanzipatorische Epoche (1969 und früher).

In der emanzipatorischen Theorie lassen sich nur wenige theoretische Sätze über die Rechtsordnung in der Gesellschaft finden. Von einer entfalteten emanzipatorischen Rechtstheorie kann also nicht die Rede sein.

Th. W. Adorno z.B. behandelt das Recht innerhalb seiner geschichtsphilosophischen Hauptschrift 'Negative Dialektik' (Frankfurt 1966) in kritischer Abgrenzung zur Hegelschen Philosophie des Rechts. Für ihn ist aller gesellschaftlicher Fortschritt ein Fortschritt im Falschen, bedingt durch die total gewordene Herrschaft der Technologie, durch die Vorherrschaft der 'instrumentellen Vernunft' (M. Horkheimer).

Diese Falschheit werde auch im kulturellen Überbau, also in Religion, Ästhetik, im Menschen selber und im Recht sichtbar. Nach Adorno gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der Herrschaft des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. "Während die Gesellschaft ohne Recht, wie im Dritten Reich, Beute purer Willkür wurde, konserviert das Recht in der Gesellschaft den Schrecken, jederzeit bereit, auf ihn zu rekurrieren, mit Hilfe der anführbaren Satzung".

Recht ist nach Adorno "ideologisch", "Urphänomen irrationaler Rationalität" und wird in der verwalteten Welt zur "realen Gewalt". Diese Grundthesen emanzipatorischer Rechtstheorie werden von *O. Negt*, einem Schüler der Frankfurter Schule, in den "Zehn Thesen zur marxistischen Rechtstheorie" entfaltet.

Nach Negt bezeichnet bürgerliches Recht "die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit, die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart", alle Gesetze und alle Einrichtungen der Justiz seien mit den Malen des Kapitals gezeichnet und befestigten die Herrschaft des Kapitals. (Negt, S. 58)

"Erst die freie Assoziation der Arbeiterproduzenten, die die politische Herrschaft von Menschen über Menschen aufheben, könnten auch die Verkehrung der Herrschaftsverhältnisse endgültig aufheben, indem sie die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Herrschaft der Kapitalistenklasse setzen." (Negt, S. 67)

Die emanzipatorische Rechtstheorie ist ihrem Wesen nach Kritik des bürgerlichen Rechts und dessen Rechtsphilosophie, aber, wie Negt es formuliert, nicht anatomisches Messer, "kein bloß analytisches Instrument", sondern Anweisung zum Umsturz, zur Revolution aller Ver-

hältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes und ausgebeutetes Leben zu führen gezwungen ist. (Negt, S. 58)

Nicht anders argumentiert auch der Frankfurter Ordinarius für Bürgerliches Recht R. Wiethölter im 'Funkkolleg Rechtswissenschaft': Da der Mensch heute nur noch als das Ensemble aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden könne, da alle traditionellen Ordnungen zerbrochen, alle Ideale verraten und alle Autoritäten verlorengegangen seien, müsse man auch über Recht, Gesetz, Gerechtigkeit ,neu' und ,anders' reden:

"Wir müssen Recht politisch entmachten" und "entzaubern", das bestehende (bürgerliche) Recht sei "voremancipatorisches Recht" (Wiethölter, S. 35), sei Heuchelei, Freiheitsverdammnis, lautlose, unerkannte, nicht durchschaubare Terrorisierung (Wiethölter, S. 36). Die Verantwortung des Bürgers vor dem Recht sei nichts anderes als Verdrängungsideologie der Nazis (Wiethölter, S. 60). Deshalb will er seine Funkkolleg-Reihe auch weder als Einführung in das Rechtssystem der Bundesrepublik noch in die (bürgerliche) Rechtswissenschaft verstanden wissen, weil das Rechtssystem "nicht mehr" und die Rechtswissenschaft "noch nicht" existieren (Wiethölter, S. 10).

Der Rechtslehrer Wiethölter setzt sich also für die Absetzung der Idee des Rechts in unserer Rechtsordnung ein, nach der Gleichen Gleiches und Ungleichen Ungleiches zuzumessen ist. Ebenso wie Wiethölter lehnt es der Frankfurter Didaktiker der Rechtskunde F. Sandmann ab, dem Schüler im Unterricht "das Recht als überlegene ordnungsschaffende Gewalt nahebringen zu wollen" (Sandmann, S. 40).

Er legt deshalb Gedanken und Postulate zu einer Rechtserziehung vor, die dem "Anspruch emancipatorischer Erziehung standhalten will", die ein System von Herrschaft und Normen transparent werden läßt, das gesellschaftlichen Veränderungen eher im Wege steht als sie fördert. Unterrichtliche Beschäftigung mit dem Recht solle vielmehr Chancen und Freiräume für Veränderungen deutlich machen und Strategien zur Einflußnahme auf die Rechtspolitik entwickeln (Sandmann, Vorwort).

Sandmann versteht Emanzipation als "Zustand überwundener Ausbeutung und Unterdrückung", als Chancengleichheit der Entwicklung individueller Anlagen und Bedürfnisse durch Partizipation an den gesellschaftlichen Institutionen (Sandmann, S. 46-47).

Er fordert daher einen Rechtskunde-Unterricht,

- der die Herrschaftsfunktion des Rechts gegenüber der Schutzfunktion hervorhebt;
- der politische Probleme nicht auf juristische verenge;
- der den Schülern klar macht, daß bestimmten (z.B. kapitalistischen R. W.) Herrschaftsverhältnissen bestimmte (kapitalistisch-bürgerliche R. W.) Rechtsverhältnisse entsprechen; daß diese Herrschafts- und Rechtsverhältnisse historisch bedingt und damit veränderbar sind; daß das wirksamste Mittel des Einflusses auf Herrschafts- und Rechtsverhältnisse solidarisches Handeln ist; daß das Ziel der Einflußnahme die Verteidigung bestehender politischer und ökonomischer Unterdrückung sein muß; daß auch das geltende Recht gesellschaftlich bedingt ist und daß die Fähigkeit, mit einfachen Rechtstexten umzugehen, erworben werden muß, damit der Schüler in konkreten Situationen den Rechtsspielraum im Sinne der eigenen Interessen wahrnehmen könne (Sandmann, 187-188). ...<<

06.03.1982

Großbritannien: Der britische Abgeordnete Sir Bernard Braine berichtet am 6. März 1982 während der Enthüllung eines Denkmals für die "Opfer von Jalta" über die Auslieferung von Kriegsgefangenen an die Sowjets (x025/128): >>... Es war ein entsetzliches Verbrechen. Ich kann kein anderes Wort dafür finden. Es wurde mit Gewalt und Betrug begangen, ohne einen Funken Mitleid für die Opfer, die sich den Westalliierten willig ergeben hatten in dem Glauben, daß ihnen Asyl gewährt werde.<<

10.06.1982

BRD: In Bonn demonstrieren am 10. Juni 1982 etwa 400.000 Menschen gegen die Aufrüstung im Osten und Westen.

18.06.1982

Großbritannien: Roberto Calvi (1920-1982, italienischer Präsident der Vatikanbank Banco Ambrosiano, "Bankier Gottes") wird am 18. Juni 1982 unter einer Themsebrücke in London erhängt gefunden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die finanzpolitische Weltmachtstellung der katholischen Kirche (x324/23-26): >>... Die Agrar-, Handels-, Finanzpolitik der Mönche, der Bankiers im frühen Mittelalter, deren Klöster (in Lothringen) schon im 10. und 11. Jahrhundert als Leihinstitute, Banken, fungierten, überhaupt wirtschaftliche Größen ersten Ranges waren. Doch geht die Agitation der Mönche in der Welt der Politik, des Geldes, stetig weiter, besonders während der deutschen Offensiven im Osten, bei der Beteiligung der Orden an der Siedlungs- und Kolonialgeschichte, der blutigen Unterjochung ganzer Völker.

Noch im frühen 20. Jahrhundert kontrollieren allein die Jesuiten ein Drittel des gesamten spanischen Kapitals; im späten 20. Jahrhundert besitzen sie die größte Privatbank der Welt, die Bank von Amerika, mit 51 Prozent. Und das Papsttum ist heute eine finanzpolitische Weltmacht, die engste Kontakte mit der Unterwelt pflegt, unter anderem über die als "Mafiabank" bekannte Bank von Sizilien, ein finanzielles Instrument der Kurie.

Der Jesuitenzögling Michele Sindona, "der erfolgreichste Italiener nach Mussolini" (*Time*) und Starbankier der Mafia (Schwerpunkte seiner Finanzpiraterie: Italien, Schweiz, USA, Vatikan), ein Sizilianer, der mehr Banken als andere Männer Hemden besessen und einen beträchtlichen Teil seines Geldes dem Handel mit Heroin verdankt haben soll, war ein sehr guter Freund des Erzbischofs von Messina, ferner des Erzbischofs Marcinkus, des Leiters der Vatikanbank "Institut für Religiöse Werke" ("meine Stellung innerhalb des Vatikans ist außergewöhnlich", "einzigartig"), ein guter Freund auch Pauls VI. sowie Finanzberater und enger Geschäftspartner des "Heiligen Stuhls", dessen Banken noch mit den schwarzen Geldern des italienischen Großgangstertums spekulierten.

Mafioso Sindona, "der wahrscheinlich reichste Mann Italiens" (Lo Bello), der "von Papst Paul VI. den Auftrag erhalten hatte, die Kirchenfinanzen neu zu ordnen" (*Süddeutsche Zeitung*), wurde 1980 als Verantwortlicher für den größten Bankenzusammenbruch in der Geschichte der USA zu 25 Jahren Haft verurteilt, dann an Italien ausgeliefert, dort aber 1986 zwei Tage nach seiner Verurteilung (wegen Anstiftung zum Mord) zu lebenslanger Haft im Gefängnis, trotz aller nur denkbaren Absicherungen, durch Zyankali vergiftet.

Vielsagend meinte der zwölf Jahre Sindonas Finanzaktionen (allein in Italien eineinhalb Milliarden Mark Verluste) verfolgende Mailänder Staatsanwalt Guido Viola: "Wir haben den Dreck, der in diesem Topf kocht, auch mit dem Prozeß nicht ausgeräumt."

Ebenso gehörte Roberto Calvi, ein weiterer Mafia-Bankier, der 1982 erhängt unter einer Themsebrücke in London endete, unter Paul VI. zum exklusiven Zirkel der kurialen "uomini di fiducia" und verbreitete als "Bankier Gottes", wie er in Italien hieß, "das Krebsgeschwür vatikanisch inspirierter Wirtschaftskriminalität über die ganze Welt".

Zum Beispiel präsentierte der Leiter der Abteilung für Organisiertes Verbrechen und Korruption beim amerikanischen Justizministerium, Lynch, begleitet von Polizei- und FBI-Beamten, am 25. und 26. April 1973 im vatikanischen Staatssekretariat "das Originalschreiben, in dem der Vatikan" bei der New Yorker Mafia, "gefälschte Wertpapiere im fiktiven Gegenwert von nahezu einer Milliarde Dollar bestellte", "eine der größten Betrügereien aller Zeiten", die anscheinend kein anderer als Erzbischof Marcinkus, der "sehr gute Freund" Sindonas, "eingefä-

delt hatte" (Yallop).

Der Vorgänger Pauls, Papst Pius XII., starb 1958 mit einem Privatvermögen - das er angeblich ganz zur Rettung von Juden unter Hitler verwendet hatte! - von 80 Millionen DM in Gold und Valuten. Der Nepotismus unter ihm hatte renaissancehafte Ausmaße. Sicher an der Erlösung ist nur der Erlös daraus.

Die Habgier der Prälaten wird durch alle Jahrhunderte belegt, die private Bereicherung von Päpsten, Bischöfen, Äbten dokumentiert, ihr meist ungeheurer Luxus, die Verschleuderung von Kirchengütern an Verwandte, Simonie, Pfründenerwerb, Verdrängung der Pfründeninhaber, der Schacher von der Papstwahl bis zum Einsetzen der Landpfarrer, vom Stimmenkauf auf Synoden bis zum Verkauf von Wein, Bier, Salböl, Hostien, Antibabypillen (!) namens "Luteolas", bis zu Bestechungsgeldern noch der berühmtesten Kirchenlehrer, Papst Gregor I., des heiligen Kyrill, der mit Hilfe riesiger Summen ein Mariendogma durchsetzte und anderes mehr - Zinsgeschäfte, Handel, Wucher, Peterspfennig, Ablass, Kollekte, Erbschleicherei durch zwei Jahrtausende, riesige Rüstungsgewinne.

Die Folgen der Überhäufung des hohen Klerus mit Privilegien, mit Immunitätsrechten, mit Grafenrechten, Marktrechten, Zollrechten, Steuervorteilen, mit strafrechtlichen Ausnahmestellungen, milderer Strafen natürlich statt schärferen! Ganz zu schweigen von der Selbstherrlichkeit des römischen Pontifex: ... so will ich's, also befehl ich's. - Die ökonomische Seite der Heiden-, Juden-, Ketzer-, Hexen-, Indianer-, Negerausmerzungen. - Der wirtschaftliche Faktor des Wunderkults, der Heiligenviten, Mirakelbücher, Wallfahrtsorte und anderer Dinge mehr.

Die "pia fraus" (Volkstäuschung) mit ihren verschiedenen Fälschungstypen (Apostolisierung, Pilgerkonkurrenz, Besitzsicherung, Rechtssicherung) wird in eigenen größeren Komplexen untersucht, zumal in Europa bis ins hohe Mittelalter hinein die Fälscher fast durchweg Geistliche waren. Überall in Klöstern und an Bischofssitzen suchten sie aus kirchenpolitischen Gründen ihre rivalisierenden Ansprüche durchzusetzen mittels Fabrikation falscher Diplome oder der Interpolation originaler.

Die Behauptung, es habe im Mittelalter fast ebenso viele unechte Urkunden, Annalen, Chroniken gegeben wie echte, ist kaum übertrieben; der "fromme" Betrug wurde zu einem politischen Faktor, "die Fälscherwerkstatt zur Ordnungsinanz von Kirche und Recht" (Schreiner).

...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 43 berichtet über das Schwarzbuch der Katholischen Kirche (x927/...): >>**Finanzmittel aus dem Vatikan für den Sturz des Kommunismus in Polen**

Hintergrund ist dabei der Betrugs-Bankrott der Banco Ambrosiano, in dessen Folge deren Direktor Roberto Calvi 1982 in London ermordet wurde und danach - mit Ziegelsteinen in der Anzugjacke beschwert - tot an der "Brücke der Barmherzigen Brüder" hing, die Füße in die Themse eingetaucht. "Zufällig" am selben Tag, dem 18.6.1982, stürzte seine Sekretärin Graziella Corrocher aus einem Fenster der Bank in Mailand zu Tode. Ein vermuteter Mord konnte jedoch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Und die beiden mutmaßlichen Auftragsmörder von Roberto Calvi wurden kurze Zeit später ebenfalls ermordet und konnten nicht mehr aussagen, wer ihr Auftraggeber war.

Als **Hauptschuldigen** am Betrugs-Bankrott verurteilte die italienische Justiz damals den Chef der Vatikanbank IOR, **Erzbischof Paul Marcinkus**, und sie stellte einen Haftbefehl gegen den hohen Würdenträger des Vatikans aus.

Was war der Sachverhalt?

Die Vatikanbank hatte gegenüber der Banco Ambrosiano, deren Chef Roberto Calvi war, Vertrauenserklärungen (sogenannte Patronage-Briefe) für Firmen ausgestellt, die ihr gehörten. Das war eine Art Bürgschaft, woraufhin diese Firmen im Jahr 1980 von der Banco Ambrosia-

no einen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar bekamen. Und genau diese 1,3 Milliarden Dollar steckte die Vatikanbank 1980 ihrerseits in Aktivitäten, die den politischen Umsturz in Polen mit herbeiführten, der das Ende des Ostblocks mit seiner Militärmacht "Warschauer Pakt" einleitete. Das ist die eine Seite des Geldflusses.

Und die andere: Die der Vatikanbank gehörenden Firmen haben das von der Banco Ambrosiano erhaltene Darlehen in gleicher Höhe nie mehr zurückgezahlt, trotz der vatikanischen Patronage-Briefe über ihre angebliche Vertrauenswürdigkeit. Und die unmittelbare Folge davon: Die Banco Ambrosiano ging trotz ihres Hilferufs an den Papst, doch bitte die enormen Schulden zurückzuzahlen (!), bankrott.

Zwar versuchten papstfreundliche Medien wie *bild.de* den Sachverhalt nachträglich so zu verbiegen, als hätte auch die Vatikanbank durch den Zusammenbruch der Banco Ambrosiano Verluste erlitten (*bild.de*, 27.6.2008), doch eine Bank und die ihr gehörenden Firmen profitieren ja in Wirklichkeit vom Zusammenbruch eines Großgläubigers, da dieser nun das Geld nicht mehr eintreiben kann. Und gegen Verantwortliche im Vatikan wurden deswegen ja auch Gerichtsurteile gesprochen und Haftbefehle ausgestellt, weil es sich ganz offensichtlich um ein schwerwiegendes Finanzverbrechen handelte.

Doch der italienische Haftbefehl gegen Vatikanbank-Chef Paul Marcinkus wurde vom Vatikanstaat genauso ignoriert wie die Haftbefehle gegen weitere Vatikan-Angestellte. Papst Johannes Paul II. deckte seinen verbrecherischen Finanzchef Paul Marcinkus, lieferte ihn nicht an den Staat Italien aus und schob ihn statt dessen in die USA ab, woher er stammte und wo er bis zu seinem Tod 2006 unbehelligt wieder als Vikar im Kirchendienst arbeitete.

Und ob Erzbischof Paul Marcinkus das Verbrechen seinem "Gebietet", dem polnischen Papst Karol Wojtyla, zuliebe oder gar in Absprache mit ihm durchführte, um den Kommunismus in Polen mit stürzen zu helfen, oder ob der Papst von allem "nichts" wußte, ist eine bis heute nicht geklärte Frage. ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtet über den Reichtum der Kirche (x923/...): >>Superreich durch Mord

Päpste schreckten auch vor Mord nicht zurück, wenn es um ihre finanziellen oder machtpolitischen Vorteile ging.

Glaubt man einigen Priestern, die mit einem Buch anonym an die Öffentlichkeit gingen, so geschehen heute noch mysteriöse Todesfälle im Vatikan.

Der Historiker Thomas Tomasi schrieb dazu: "Es wäre nicht möglich, all die Morde, die Vergewaltigungen und die Fälle von Blutschande aufzuzählen, die jeden Tag am Hof des Papstes begangen wurden. Das Leben eines Menschen ist nicht lang genug, um sich die Namen aller ermordeten, vergifteten oder bei lebendigem Leibe in den Tiber geworfenen Opfer zu merken."

Mord war ein hübscher Nebenverdienst für Papst Alexander VI. Der permanenten Bedrohung seines Bruders überdrüssig, der sich im Vatikan als Flüchtling aufhielt, schickte der osmanische Sultan Bajasid II. Papst Alexander VI. 40.000 Golddukat, für die er Dschem ermorden solle. Doch so billig war die Hilfe des Papstes nicht zu haben. Er wartete ab. Weitere 200.000 Dukaten legte der Sultan nach. Dann ließ Papst Alexander VI. Dschem vergiften.

Der Ämterverkauf war eine gute Einnahmequelle. Um jedoch die Einnahmen nicht versiegen zu lassen, "sorgte Papst Alexander dafür, daß die Kardinäle bald vergiftet wurden, die er zuvor ernannt hatte. So konnte er nicht nur ihren Kardinalshut erneut verkaufen, sondern auch alle ihre Besitztümer einstreichen, die auf die Kirche übergingen - soll heißen auf Papst Alexander".

In seinem Bestseller *Die Heilige Mafia des Papstes* erwähnt Robert Hutchison eine Reihe **mysteriöser Todesfälle**, die alle in geschäftlichem oder persönlichem Zusammenhang mit dem Vatikan oder einer ihr nahe stehenden Gruppe stehen sollen: Er bezieht seine Behauptungen

auf folgende Todesfälle:

- 1975:** Der französische Senator Prinz Jean de Broglie
- 1977:** Charles Bouchard, Geschäftsführer der Genfer Leclerc-Bank
- 1978:** Pater Giuliano Ferrari
- 1978:** Der orthodoxe Patriarch Nikodim
- 1978:** Papst Johannes Paul I.
- 1978:** Wenig später Kardinalstaatssekretär Villot
- 1979:** Kardinal Vagnozzi, Chef der vatikanischen Präfektur für Wirtschaftsangelegenheiten
- 1981:** Francesco Cosentino, P2-Loge
- 1982:** Der Mailänder Bankier Roberto Calvi
- 1982:** Der Antiquar Sergio Vaccari
- 1982:** Der Autor Giorgio Di Nunzio
- 1982:** Kardinal Benelli aus Florenz
- 1985:** Der ehemalige spanische Außenminister Gregorio López-Bravo
- 1985:** Bankier Ricardo Tejero
- 1986:** Der Reeder José Maria Aristrain
- 1986:** Der Mafioso Michele Sindona
- 1986:** Ein mißglückter Mordanschlag auf den spanischen Unternehmer Ruiz-Mateos
- 1986:** Der spanische Verfassungsrichter Manuel García-Pelayo
- 1994:** Der salvadorianische Erzbischof Rivera Damas
- 1998:** Der Leiter der Filiale der Vatikanbank in Neapel, Aldo Palumbo

Der Geistliche Giuliano Ferrari wurde in einem leeren Abteil des Schnellzuges Genf-Paris tot aufgefunden. Er starb angeblich an "schwerem Herzinfarkt". Bereits 1969 hatte man versucht, ihn mit Hilfe von Glykosid Digitalis langsam zu vergiften. Diese Droge verursacht Herzversagen. Ferrari nannte die römische Kirche "das größte und schmutzigste Geschäftsunternehmen der Welt". Deschner spekuliert, ob er nicht Opfer des Vatikanismus wurde.

Nach Ansicht Ferraris waren die lateinamerikanischen Priester Camillo Torres und Oscar Romero Opfer des Vatikans. Ferrari sagte kurz vor seinem Tod: "Das jüngste Verbrechen des Vatikans war die Ermordung meines Freundes, des Erzbischofs Oscar Romero in San Salvador."

Am Morgen des 18. Juni 1982 wurde der Mailänder Bankier Roberto Calvi unter der "Brücke der Barmherzigen Brüder" in London erhängt aufgefunden, seine Füße hingen in die Themse. Er war Mitwisser und Beteiligter eines großen Finanzskandals, der vom Vatikan ausgelöst wurde. Seiner Tochter sagte er kurz vor seinem Tode: "Die Priester werden mein Ende sein." Seine Frau, Clara Calvi, sagte in einem Interview: "Es waren mit Sicherheit die Priester des Vatikans. Das hatte uns Roberto schon vorher gesagt. Jemanden umzubringen ist für sie keine Sünde, so sagten sie es ihm. Sie würden ja nur eine Seele aus dem Körper befreien."

Dem früheren Finanzberater des Vatikans, Leopold Ledl, sagte Calvi Tage vor seinem Tode auf seiner Flucht nach London: "Marcinkus will meinen Kopf." (Gemeint war Erzbischof Marcinkus.)

Am Montag, dem 4. Mai 1998 wurden im Vatikan drei Menschen ermordet. Die offizielle Fassung: Der Schweizergardist Cédric Tornay habe den Oberstleutnant Estermann und seine Ehefrau Gladys Meza Romero erschossen, um sich darauf selbst zu richten. Eine Gruppe von Angehörigen des Vatikans, Geistliche und Laien, die anonym bleiben wollen, sehen das anders. Sie schrieben in Italien ein Buch zu diesem Thema mit dem Titel *Blutlügen im Vatikan*. In Deutschland erschien das Buch mit dem Titel: *Ihr habt getötet*.

In ihrem Buch legen sie ihre Überlegungen dar, wie es zu den Morden gekommen sein könnte, wer Nutznießer war, und sie zählen die vielen Unstimmigkeiten auf bis zum gefälschten Abschiedsbrief des angeblichen Mörders.

Die Mutter Cédrics behauptet, es gäbe jemanden im Vatikan, der die Wahrheit aufklären könnte, doch dieser jemand sei plötzlich spurlos verschwunden.

Sie hat Angst, denn Abgeordnete aus dem Vatikan sind bis zu ihr in die Schweiz gereist, um sie unter Druck zu setzen und zum Schweigen aufzufordern.

Nach Angaben dieser anonymen Mitarbeitergruppe des Vatikans, die sich "Jünger der Wahrheit" nennt, soll im Vatikan ein "blutiger Erbfolgekrieg" toben zwischen dem sich rivalisierenden Ableger der berüchtigten Freimaurerloge P2" und einer erzkonservativen international agierenden Gruppe.

Die "Jünger der Wahrheit" aus dem Vatikan schreiben, daß in einem zähen Ringen sich Clans der Freimaurer und dieser internationalen Gruppe "die gigantische (politische, ökonomische und logistische) Machtfülle des Vatikans untereinander aufteilen, wobei der Papst nur als klerikales Aushängeschild dient."

Zum Tode von Johannes Paul I. (Albino Luciani) sagen sie, er wollte mit dubiosen Finanzgeschäften, übertriebenem Prunk und Korruption innerhalb der Amtskirche aufräumen. "Doch sein Pontifikat war auffallend kurz (33 Tage), die Todesumstände mysteriös, und Albino Lucianis Leiche wurde so schnell einbalsamiert, daß eine Obduktion nicht mehr möglich war ..."<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 7. Februar 2017): >>TV-Doku ...

Mafia in Frankreich

Wenn der Bock zum Gärtner wird

Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französischen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.

"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen."

Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.

Angesichts der schiereren Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.

Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.

Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbones und seines Kumpan François Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschwundene Institutionsvertrauen in Frankreich.

Kollaboration mit den Nationalsozialisten

Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand

aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf: Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.

Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogensmuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Algerienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewählt.

Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg. Heute befänden sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobilien, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. ...<<

Juli 1982

DDR: Von den etwa 2,3 Millionen Schülern der DDR verbringen im Juli 1982 rund 87 % ihre Sommerferien in den großen Ferienlagern der FDJ.

Diese Ferienlager werden hauptsächlich durch die Großbetriebe finanziert. Die Jugendlichen zahlen für 3 Wochen "Fernferien" lediglich bis 12 Mark. Zum organisierten Programm der FDJ-Ferienlager gehören z.B. Sport, Spiel, Tagesreisen, Unterricht und Ferienarbeit.

01.10.1982

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt wird am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schließt danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wird neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtet damals: >>Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden

Auswirkungen" über die Umerziehung und politische Kultur der Deutschen (x306/294-298):

>>... Politische Kultur (Political Culture) ist der Name eines Ende der fünfziger Jahre an der Universität Princeton entwickelten Forschungskonzeptes amerikanischer Sozialwissenschaftler, das als Spätzünder in der Schlußphase der bundesdeutschen Teilrepublik die öffentliche Diskussion prägte.

Die späte, bei "seiner ursprünglichen Rezipierung aus dem Amerikanischen kaum zu ahnende Blüte" wurde dem Fernsehpublikum verdeutlicht, als in der viel beachteten Bundestagsdebatte über den konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Helmut Schmidt Redner der SPD (Helmut Schmidt, Willy Brandt) wie der FDP (Gerhard R. Baum, Hildegard Hamm-Brücher) davor warnten, daß der Regierungswechsel die "Politische Kultur" gefährde.

Politische Kultur war in Bonn auf Spielregeln, politischen Stil, ungeschriebene Gesetze im Gegen- und Miteinander der Berufspolitiker verkürzt worden, während in Amerika sich die Political Culture Forschung mit der Gesamtbevölkerung befaßte. Das von Gabriel A. Almond, dem "Founding Father", seinen namhaften Jüngern Sidney Verba und Lucian W. Pye und einigen anderen entwickelte Forschungskonzept versuchte politisch relevante subjektive Faktoren wie Wertüberzeugungen, Einstellungen, Verhaltensweisen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu erfassen und zu vergleichen.

In Deutschland wurde daraus unter Verzicht auf die komparative Zielsetzung ein feuilletongerechter Modeartikel, der klangstark Sinnführungskompetenz belegen sollte. Wer zwischen einem normativen Gebrauch bei Politikern, Leitartiklern und Fernsehkommentatoren, die häufig den Mangel oder den Verfall der Politischen Kultur beklagen und einen "nicht von vornherein wertenden, also deskriptiven und analytischen" Gebrauch in der Sozialwissenschaft unterscheidet, kennt anscheinend seine Pappenheimer nicht.

Wir finden unter den Autoren der Politischen Kultur so manche Politikwissenschaftler, die durch normative Überzeugtheiten und entsprechenden volksmissionarischen Drall bekannt sind. Martin Greiffenhagen, Kurt Sontheimer, Wilhelm Weidenfeld, Wilfried Röhrich, Iring Fetscher, Fritz Stern, Christian Graf Krockow, Lord Ralf Dahrendorf e tutti quanti. Die politische Kultur der Bundesrepublik wird hier an der Norm eines nicht näher untersuchten westlichen (de facto) anglo-amerikanischen Vorbilds gemessen.

Das Auftauchen des Paradigmas Politische Kultur in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hilft eine Lücke zu schließen, die sich durch das Verblassen der antikapitalistischen, antiautoritären, antiimperialistischen Faszinationen der 68er Bewegung nach der Tendenzwende von 1973/74 ergeben hatte.

Das Fachorgan der Politologen "Politische Vierteljahresschrift" brachte 1981 ein ganzes PVS-Forum Politische Kultur, in dem ein heftiger Streit zwischen westlich orientierten Verändern und nicht minder westlich orientierten Bewahrern entbrannte, der im folgenden Jahr auf einem Symposium "Politische Kultur" an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing fortgesetzt wurde. Hier wurde die Politische Kultur sogar als ein Orwellsches Konzept angeprangert. Es handelt sich eher um ein Konzept der Re-education. Sowohl strukturell als auch personell läßt sich eine starke Verbindungslinie erkennen.

Gabriel A. Almond, ein 1938 in Chicago an der Hochburg der behavioristischen Schule der politischen Wissenschaften promovierter Sozialwissenschaftler, arbeitete von Gründung (1942) an im amerikanischen Kriegspropagandaamt, beteiligte sich dann im Kriegsministerium am "U.S. Strategic Bombing Survey", der mit neuesten sozialwissenschaftlichen Methoden die moralischen Wirkungen der Flächenbombardierungen maximieren sollte.

1949 trat Almond erstmals literarisch hervor mit einem Buch über die Demokratisierung der Deutschen ("The Struggle for Democracy in Germany"). Mit dem Koreakrieg wandte sich Almond der anderen Bedrohung der von ihm anvisierten "neuen politischen Weltkultur" zu.

...

1965 (erschien) die von Almond und Verba herausgegebene "Zehn Länder Studie" "Political Culture and Political Development". Katalysator der Political Culture Forschung sind nach Almond die neuen Techniken der Meinungsbefragung. Mit ihnen schließt er vier Traditionslinien (klassisches politisches Denken, moderne politische Wissenschaft, Sozialpsychologie, Psychoanthropologie) zu einem Forschungskonzept zusammen. Gleichwohl enthält "Civic Culture" Argumentationsketten, die empirisch weder verifiziert noch falsifiziert werden können. ...

Politische Eliten müßten jedoch an den "demokratischen Mythos" glauben, daß Bürger auf die Politik Einfluß nehmen könnten.

Deutschland war in den 60er und 70er Jahren kein Mittelpunktthema und kein Anlaß für besondere Besorgnisse. Dennoch spielt es in der Political Culture Forschung eine wichtige Rolle. Die psychopolitische Sicht war ursprünglich auf Deutschland gerichtet gewesen. Verba schreibt: "Viele der klassischen Werke über die nichtpolitischen Wurzeln politischer Haltungen wurden von Männern geschrieben, die die Fragen beantworten wollten, die der deutsche Nationalsozialismus aufgeworfen hat. Man denkt dabei sofort an Adorno, Horkheimer, Lewin und Fromm und die Nachkriegsstudien über den deutschen politischen Charakter".

Das konzeptionelle Umfeld der Reeducation der Deutschen war Ausgangspunkt der Political Culture Forschung. In ihr zeichnet sich nicht nur ein Wandel des Deutschlandbildes ab, sondern auch ein Wandel der deutschen Wirklichkeit, soweit sie mit einem sozialwissenschaftlichen Raster einzufangen ist. Reeducation und Politische Kultur sind jedoch nicht nur durch eine psychopolitische Traditionslinie verbunden, sondern auch durch eine der empirischen Sozialforschung. ...

Die Umfragen der ersten Jahre spiegeln den Fehlschlag der "kleinen" Umerziehung wider. Die Deutschen hatten zwar den Nationalsozialismus hinter sich gelassen, "aber sie nehmen die meisten Muster demokratischen Verhaltens, die die Militärregierung fördert, nicht an". Unter der Hohen Kommission verschieben sich die Wertungen: "Die Bundesrepublik war nicht die Musterdemokratie, die sich die amerikanischen Besatzer ursprünglich erhofft hatten, aber es war eine populäre, stabile und effektive Demokratie in einem formalen Sinne. Ihre Stärke gab der Bundesrepublik den Atemraum, der notwendig ist, um einige weniger formale Aspekte der Demokratie zu entwickeln, wie soziale Gerechtigkeit und Gleichheit." ...

1959 war das Jahr, in dem Almond/Verba die Befragung für ihre "Fünf Länder Studie" durchführen ließen. In der Studie wird Deutschland eher schlecht benotet: "In Deutschland hält eine passive Untertanen-Einstellung an..."

Zwei Jahre später verschiebt sich in der "Zehn Länder Studie" von Pye/Verba der Akzent. "Passivität, Pragmatismus, Distanziertheit, legalistischer Formalismus führen dazu, daß die Deutschen sich dem Radikalismus verschließen, ohne zu einer demokratischen Partizipation überzugehen"

Das aber bringt immerhin den Faktor Zeit, der der Weimarer Demokratie fehlte, "um das politische System durch das Schaffen von Haltungen zu durchdringen, die für die demokratische Partizipation von Nutzen sind."

1980 kamen Almond/Verba auf ihre "Fünf-Länder-Studie" zurück. Sie veröffentlichten "The Civic Culture revisited", einen Sammelband, in dem neben Stellungnahmen verschiedener Autoren die fünf Länder jeweils durch einen neuen Bearbeiter unter die Lupe genommen werden. Für Deutschland handelt es sich um David P. Conradt. Laut Conradt hat jetzt anscheinend der Faktor Zeit gegriffen. Inzwischen habe sich jeder einzelne Aspekt, der 1963 in der Almond/Verba Studie aufgeführt worden sei, verändert. "Die Entwicklungen seit 1959 unterstreichen das Ausmaß des kulturellen Wechsels in Deutschland."

Ja, die Deutschen überrunden in manchen Aspekten die anglo-amerikanischen Vorbilder. Zwischen 1959 und 1978 ist der Prozentsatz der Deutschen, der auf die politischen Institutionen

des Landes stolz ist, von 7 % auf 31 % gewachsen, von 1951 bis 1976 der Prozentsatz, der meint, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung kommen werde, von 28 % auf 65 % gewachsen - Verfassungspatrioten, wohin man auch blickt.

Doch während Deutschland zum Inbegriff einer stabilen Demokratie geworden ist, haben sich neue Fragen ergeben. Jetzt stellt sich die Frage, ob die liberale Demokratie für die partizipatorischen Bedürfnisse und politischen Anforderungen einer Bevölkerung, die nicht länger in den demokratischen Kinderschuhen steckt, adäquat sei.

In einer künftigen Demokratiekrise habe die Bundesrepublik jedoch die gleichen Chancen wie die anderen westlichen Demokratien. Almonds Frage, warum in der Krise der 30er und 40er Jahre die angelsächsischen Demokratien sich durchwurzelten, die deutsche jedoch zusammenbrach, ist beantwortet - nicht auf dem Papier, sondern in der politisch kulturellen Wirklichkeit. Die "traumatische" Vergangenheit spielt keine Rolle mehr, der Traum vom "deutschen Sonderweg" ist für die Politische Kultur Forschung ein für allemal ausgeträumt, die Umerziehung der Deutschen ist - 1980 - erfolgreich abgeschlossen.<<

1982

DDR: Seit 1982 finden jährlich Gedenkgottesdienste in der Dresdener Kathedrale und der Kreuzkirche statt.

Um 21.45 Uhr läuten traditionell alle Dresdener Kirchenglocken, um an den Beginn der Bombenangriffe zu erinnern, die am 13. Februar 1945 einsetzen.

BRD: Der deutsche Journalist und Schriftsteller Jochen Löser (1918-2001, 1974 als Generalmajor der Bundeswehr verabschiedet) berichtet in seinem 1982 veröffentlichten Buch "Gegen den Dritten Weltkrieg ..." über den angenommenen politischen und militärischen Ablauf eines Dritten Weltkrieges (x099/227-238): >>... Die erste Phase eines dritten Weltkrieges

Die Sowjetunion kündigt das Viermächteabkommen über Berlin. Volksmilizen der DDR besetzen West-Berlin als "ihre" Hauptstadt, isolieren die dortigen Besatzungstruppen in einer "neutralen Zone" und schicken die Diplomaten des Westens in ihre Länder zurück.

Zuletzt sperren zwei Flottenverbände den Persischen Golf und den Golf von Aden. Die Ölfuhr zu den westlichen Ländern der Welt und nach Japan wird unterbrochen, ebenso die Zuführung der Rohstoffe aus Afrika.

Die NATO hat "General Alert" verkündet und macht mobil. Sechs amerikanische Divisionen werden über "Reforger" auf einer Luftbrücke und in Seetransporten in den Bereich der Bundesrepublik verlegt. Auch die taktischen Luftstreitkräfte der NATO werden aus den USA verstärkt.

Die europäischen Verbündeten bringen ihre Landstreitkräfte auf volle Stärken und führen sie in die vorgesehenen Verteidigungsräume der "Vorneverteidigung" des NATO-Bereichs "Europa-Mitte".

Die Norweger und Dänen drängen zum Einlenken. Aufgrund der NATO-Verträge verweigern sie eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und die Dislozierung (räumliche Verteilung) von Atomwaffen auf ihrem Gebiet. In der Bundesrepublik fordern "Bürgerinitiativen" neue Verhandlungen und Eingehen auf das Neutralitätsangebot.

Subversive Aktionsgruppen haben den Sender Bremen und die Anlagen des ZDF gesprengt. Durch Überfall auf Atomkraftwerke und Einrichtungen der E-Werke in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurde die Energieversorgung bis auf 30 % lahmgelegt. Auch militärische Einrichtungen wie Depots, Kasernen und Flugplätze werden mit Schwerpunkten der Ausladungsbasen für die US-Streitkräfte in Frankfurt angegriffen.

Die Bevölkerung ist, auf diese Aktionen nicht vorbereitet, in Panik. ...

Der deutsche Bundeskanzler fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf und setzt den BGS mit allen verfügbaren Ordnungskräften der Polizei der Länder und Kommunen zur Bekämpfung subversiver Aktionen ein. Auch die Bundeswehr wird mit Kräften des Heimatschutzes zur

Sicherung der Mobilmachung und der Aufmarschbewegungen eingesetzt. ...

Überraschend greifen in der Nacht vom 1. auf den 2. September Streitkräfte des Warschauer Paktes die NATO-Verbündeten an vier Stellen an. ...

Der überraschende Angriff ist mit Luftangriffen auf die Flugplätze der NATO, die NATO-Luftstreitkräfte, Depots und Regierungszentralen verbunden.

Die Neutralität Schwedens, der Schweiz und Österreichs wird gewahrt. ...

Die militärischen Aktionen des Warschauer Paktes werden in der Tiefe aller Operationsgebiete erfolgreich durch weitere subversive Aktionen des "Verdeckten Kampfes" unterstützt. "Stille" Zellen vorbereiteter Aktionsgruppen werden an vielen Stellen aktiviert. Diese werden von linksgerichteten Sympathisanten unterstützt. Sie lähmen empfindlich die Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung, besonders die Energiequellen, Fernmeldeeinrichtungen und Verkehrsverbindungen. Es fehlen vorbereitete Kräfte zur Gegenwehr. In Großstädten und Ballungsgebieten ist Chaos die Folge.

In fünf Tagen wurden die mit 28 Divisionen tapfer kämpfenden NATO-Verbündeten durch die anstürmenden Verbände des Warschauer Paktes auf eine Linie Flensburg - Weser - Kassel – Nürnberg – München, unter schweren Verlusten auf beiden Seiten, zurückgedrängt.

Die zweiten Staffeln der Fronten der Warschauer Pakt-Streitkräfte stehen vor ihrem entscheidenden Einsatz zum Durchbruch auf ihre operativen Ziele. Nur noch 6 frische Gegenangriffsddivisionen der NATO stehen zur Verfügung. Auch die französischen Streitkräfte wurden mit 6 Divisionen im Süden zur Verstärkung des V. US- und des II. Deutschen Korps in den Kampf geworfen.

Der amerikanische Präsident warnt in einer Note die UdSSR vor weiterem Vordringen mit einer Androhung des Einsatzes nuklearer Mittel.

Die Sowjetunion wiederholt ihr Ultimatum einer westdeutschen Neutralität und droht mit atomaren Gegenschlägen im Falle des Bruches des Kriegsvölkerrechts durch die USA. Sie weist darauf hin, daß im Zusatzprotokoll zum humanitären Kriegsvölkerrecht der Einsatz von A-Waffen auf bevölkerungsstarke Gebiete verboten sei. Würden die USA diesen 1977 von 140 Staaten paraphierten Vertrag brechen, könnte auch die Sowjetunion sich nicht daran halten.

Die Streitkräfte des Warschauer Paktes setzen ihre zweite Staffel zum Durchbruch in die Bundesrepublik ein.

Im Norden haben sie die Sperre zwischen Island und Großbritannien geschlossen und die Seeverbindungen zwischen den atlantischen Partnern unterbrochen.

Im Süden konnten sie Italien und das südliche Mittelmeer "neutralisieren".

Die deutsche, dänische, norwegische und holländische Bevölkerung sind in ihrem Durchhaltevermögen erschüttert. Besonders die Zivilbevölkerung leidet unter Flüchtlingsströmen. Hunderttausende sind nach Westen unterwegs und nicht mehr zu ordnen. Versorgungsschwierigkeiten nehmen zu. Verletzte und Kranke können in den überfüllten Krankenhäusern kaum noch versorgt werden.

Orte im Kampfgebiet werden nach Kriegsvölkerrecht zu "unverteidigten Ortschaften" erklärt. Sie werden von den kämpfenden Soldaten verschont. Die Erklärungen der rückwärts gelegenen Städte und Ballungsgebiete zu "offenen Städten" und "neutralisierten Zonen" werden nicht anerkannt.

Militärisch sind die mit konventionellen Waffen kämpfenden Verbände der NATO nicht mehr in der Lage, den offenen Raum in der Tiefe zu decken, Europa liegt als Beute der Sowjets offen.

Nachschub an Truppen und Material über den Atlantik kann nur noch unter großen Verlusten herangeführt werden. Die Vorräte an Munition und schwerem Material geht zu Ende. 3.000 der 6.000 Panzer der NATO und 50 % ihrer Artillerie sind ausgefallen.

Die Sowjets haben von ihren 28.000 Panzern 8.000 und von ihrer Artillerie 30 % eingebüßt,

trotzdem setzen sie ihre "kühnen Stöße" in immer raumgreifenderen Operationen energisch fort. Sie kämpfen gegen die Zeit, denn in einigen Ländern ihres Blocks wurden Truppenbewegungen gestört und Versorgungseinrichtungen durch Partisanen gelähmt. Die Chinesen versammeln an ihrer Nordgrenze 100 Divisionen und drohen mit dem Einsatz ihrer Atomwaffen auf Moskau.

Am siebenten Tag der sowjetischen Offensive setzen die USA "selektiv" drei Atomwaffen mit je 10 Kilotonnen (Kt) ein.

1. Ziel: Eisenbahnknotenpunkt bei Lodz in Polen,
2. Ziel: Ö raffinerie bei Ploesti in Rumänien,
3. Ziel: Hafenanlage Triest.

Der Einsatz wird mit einer Note des US-Präsidenten abgeschlossen, die besagt, daß bei weiterem Vordringen der sowjetischen Angriffsdivisionen der Nuklear-Krieg bis zur letzten Konsequenz geführt werden würde.

Die Sowjets antworten mit Atomschlägen auf NATO-Ziele mit 100 Atomsprengköpfen SS 20 und Backfire-Bombern. Ziele sind:

1. die Auffrischungsräume der 7. Panzer-Grenadierdivision bei Unna, Hauptquartiere, Depots und Flugplätze,
2. der britische Hafen Portsmouth,
3. die Mobilmachungsräume einer italienischen Reservedivision bei Mailand,
4. die Versammlungsräume von 2 amerikanischen Divisionen im Raume Frankfurt und 3 französische Divisionen im Rheintal südlich (von) Mannheim und um Straßburg sowie die amerikanischen Flugplätze in Südwestdeutschland.

Zugleich setzen sie "Killer-Satelliten" mit nuklearen Köpfen und Laserstrahlen zum Ausschalten der amerikanischen Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten im Weltraum ein. Das amerikanische Frühwarnsystem wird hierdurch empfindlich gestört. Der Einsatz strategisch-nuklearer Waffen der USA scheint gefährdet.

Der US-Präsident gibt aufgrund des Drängens der NATO-Verbündeten die atomaren Gefechtsfeldwaffen frei. Die Sowjets antworten mit weiteren Einsätzen nuklearer Gefechtsfeld- und Mittelstreckenwaffen (SS 20). Zugleich setzen sie Nervengas-Kampfstoffe gegen die NATO-Landstreitkräfte ein. Große Verluste unter den NATO-Truppen und Millionen Tote unter der deutschen, holländischen, dänischen Bevölkerung sind die Folge.

Nach anfänglicher Entlastung bricht der Widerstand der NATO zusammen. Sowjetische Landstreitkräfte erreichen ihre Ziele: die Nordseehäfen, die Westgrenze Frankreichs und die Neutralisierung Italiens und Griechenlands. ...

Die Bundesrepublik ist verloren.

Wirtschaftskraft und Versorgungseinrichtungen sind vernichtet.

Eine Strategie hat das zerstört, was sie erhalten sollte: die Substanz der Bevölkerung und das Territorium der Bundesrepublik, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks und von Teilen Frankreichs.

Phase 2 eines dritten Weltkrieges

Seekrieg

Die Flotten der UdSSR und der USA haben den Kampf zur See verstärkt. ...

Nach 8 Tagen sind 50 % der sowjetischen und 30 % der westlichen Seestreitkräfte vernichtet. Damit ist die sowjetische Flotte nur noch begrenzt in der Lage, die Forderung ihres Schöpfers, des Admirals Gorskow, zu erfüllen, "die Unterstützung der Landstreitkräfte und der Luftwaffe gegen das gegnerische Territorium".

Der Kampf im Weltraum

Während der Seegefechte hat der Kampf um die Vorherrschaft im Weltraum begonnen. Dort unterhalten beide Seiten etwa 4.000 Satelliten und 5 Weltraumstationen für die Aufgaben der

Frühwarnung, der Aufklärung und Kontrolle der Territorien und Meere sowie des Luftraumes. Die Aufrechterhaltung ihrer Funktionen ist strategisch entscheidend. Wer die Vorrangstellung im Weltraum besitzt, kann Frühwarnung, Aufklärung und Lenkung der strategisch-nuklearen Lang- und Mittelstreckenraketen weitgehend ausschalten. ...

Der Kampf im Weltraum endet zunächst remis. Es wurden etwa je 60 % der gegnerischen Satelliten ausgeschaltet. Damit reduziert sich zugleich der mögliche Einsatz der strategisch-nuklearen Potentiale um die Hälfte.

Die dritte Phase eines dritten Weltkrieges – strategischer und nuklearer Krieg

Die Sowjets fordern die Europäer zur Kapitulation auf. Der amerikanische Präsident fordert dagegen die Einstellung aller Kampfhandlungen in Mitteleuropa, im Mittelmeer und in Asien. Andernfalls würden die USA das letzte Mittel nicht scheuen: den Einsatz strategischer Nuklearwaffen.

Eine Kapitulation der NATO wird von den USA, Frankreich und Großbritannien abgelehnt.

Die Sowjets antworten mit Nuklearschlägen ihrer strategischen land- und seegestützten Nuklear-Raketen auf Peking, Shanghai und Nanking in Asien, weiterhin in Europa auf Southampton und Birmingham. Wieder werden amerikanische Ziele ausgenommen.

Der US-Präsident entschließt sich zum Äußersten, einem strategisch-nuklearen Angriff auf 30 wichtige Ziele in der Sowjetunion und das Territorium ihrer Verbündeten. Sie treffen Wirtschaftszentren, militärisch wichtige strategische Punkte und Versorgungsknotenpunkte. Mit diesem Schlag werden gleichzeitig die Angriffe auf alle sowjetischen strategischen atomaren U-Boot-Träger wiederholt.

Die Sowjetunion antwortet mit einem Gegenschlag auf westliche Großstädte; Washington, New York, Chicago, San Francisco, Montreal, London.

Die noch vorhandenen Atomwaffen der USA werden auf Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Irkutsk und Wladiwostok abgeschossen. Städte des Warschauer Paktes werden ausgenommen. 15 Millionen Tote in der Sowjetunion und 30 Millionen tote US-Bürger sind zu beklagen. ...

Die vierte Phase des dritten Weltkrieges:

Der Aufstand der asiatischen Völker und der arabischen Welt

Während die USA und die Sowjetunion nach einer Bilanz des Grauens versuchen, ihren Handlungsspielraum wiederzugewinnen und vergeblich Noten austauschen, geschieht etwas schon längst Geahntes, aber letztlich doch Überraschendes. Der Meuterei asiatischer Truppenkontingente der sowjetischen Fernostarmee in der chinesischen Provinz Shenyang schließen sich weitere sowjetische Truppenkontingente an. 65 % ihrer Soldaten sind Asiaten.

Das ist der Auftakt zu Aufständen in allen sowjetischen Volksrepubliken mit asiatischer Bevölkerung, aber auch zu Volksaufständen im gesamten Herrschaftsbereich des Warschauer Paktes.

Die sowjetische Regierung wird gestürzt.

Der Kampf an allen Fronten wird eingestellt.

In Mekka ruft ein Ayatollah zum heiligen Krieg des Islam auf. Der ganze Nahe und Mittlere Osten, Pakistan, der südwestliche Teil Rußlands und die Völker in der Nordhälfte Afrikas schließen sich dieser Bewegung an. Unter Führung eines Gadhafi wird die bisherige Neue Arabische Liga um etwa 300 Millionen engagierte Moslems erweitert. Trotz heftiger Gegenwehr werden Israel und die bisher prowestliche eingestellten Regierungen in Saudi-Arabien, den arabischen Emiraten und Ägypten überrannt. Die Aufstände im Iran 1978/79 wiederholen sich und erreichen bedrohliche Ausmaße.

Ein gewaltiger asiatisch-arabischer Block mit überragenden Kraftfeldern ist entstanden. Er umfaßt die Hälfte der Bevölkerung der Welt, besitzt die entscheidenden Rohstoff- und Energievorräte, kontrolliert aus einer geostrategisch-zentralen Position heraus das Mittelmeer,

Afrika und Asien.

Er wird sich dank seiner Machtinstrumente von den noch lebensfähig gebliebenen westlichen Völkern und Japan rasch die noch fehlenden Instrumente beschaffen: Technologie, Management, Organisation.

Auch diesem Block wird nicht alles gelingen können, denn die Vielfalt seiner Rassen, Ideologien und Religionen ist zu groß. Er wird aber ein wichtiger Partner aller vernachlässigten Regionen in der Dritten Welt und in Südamerika sein und niemals mehr eine Dominanz freier westlicher Demokratien zulassen, denn seine Voraussetzung ist die Diktatur, ohne die er seine Völker nicht zusammenhalten kann.

Ein Friede ganz anderer Qualität ist entstanden.

Die Vormachtstellung der USA und der Russen ist gebrochen. Keiner von beiden konnte die Weltherrschaft erringen oder behaupten.

Ihre Militärstrategien haben ihre politischen Ziele und Europa zerstört. Der Krieg hat sich für sie nicht als die zweckmäßige Fortführung der Politik mit anderen Mitteln erwiesen, sondern als ihr Mörder. Er wurde durch die Gewalt seiner Zerstörungskraft aus seiner historischen Funktion gedrängt, er hat seine Grenzen zum "Äußersten" (Clausewitz) überschritten. Diese Erkenntnis haben über hundert Millionen Menschen mit ihrem Leben, weitere unzählige Millionen mit dauerndem Siechtum bezahlen müssen.

Aus dieser vorgestellten apokalyptischen Vision können wir nur einen einzigen Schluß ziehen: Die Erkenntnis muß auf einem neu zu durchdenkenden unblutigen Wege gewonnen werden!

Zwingend aber ist nach diesen Erkenntnissen, daß ein dritter Weltkrieg ausgeschlossen sein muß, wenn auch nur ein Funke der Vernunft der Regierenden vorausgesetzt werden kann. Erkennbar ist, daß Weltherrschaft durch Krieg oder militärische Mittel im 20. und 21. Jahrhundert nicht mehr ausgeübt werden kann.

Vorstellbar bleibt, daß andere als die heutigen Strategien den Frieden und die Welt tatsächlich in Balance halten können. Entscheidend für diese Vorstellung ist, daß die Militärstrategien und die anderen Machtinstrumente dem politischen Ziel mehr entsprechen als heute. ...<<

1983

Der Mangel an Urteilskraft ist eigentlich das, was man Dummheit nennt, und einem solchen Gebrechen ist gar nicht abzuhelfen.

<i>Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)</i>

20.01.1983

USA: US-Präsident Ronald Reagan erklärt am 20. Januar 1983 das Jahr 1983 zum "300. Jubiläumsjahr der deutschen Siedlung in Amerika".

Am 6. Oktober 1683 trafen 13 Leinenweber aus Krefeld mit ihren Familien in Philadelphia ein und gründeten dort die erste deutsche Siedlung Germantown.

29.01.1983

BRD: Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (1925-2012) verspricht am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

06.03.1983

BRD: Bei der vorgezogenen 10. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 6. März 1983 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,8 %, SPD = 38,2 %, FDP = 7,0 %, Die

Grünen = 5,6 %, Sonstige = 0,4 %.<<

29.03.1983

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 29. März 1983 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

29.06.1983

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Juni 1983 über eine westliche "Finanzspritze für die marode Ostwirtschaft": >>**Strauß verschafft DDR Milliardenkredit**

Seit 1970 hat die DDR weit über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verschuldung im Westen stieg von 2 Milliarden (1970) auf 27,9 Milliarden Valuta-Mark (1980). ... Der bayerische Ministerpräsident vermittelt einen Milliarden-Kredit, den ein Bankenconsortium an die DDR vergibt (Führung: Bayerische Landesbank). Die Bundesregierung übernimmt am 29. Juni die Bürgschaft. ...<<

29.10.1983

BRD: Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (1915-1988) setzt am 29. Oktober 1983 im Bundestag eine Bürgschaft der Bundesrepublik Deutschland durch, so daß die verschuldete DDR einen Milliardenkredit erhält.

Das SED-Regime räumt anschließend gewisse Reiseerleichterungen ein und baut ab 1984 die Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze ab.

1983

BRD: Der westdeutsche Diplomat Günter Gaus (1929-2004) schreibt im Jahre 1983 über den Rückzug der DDR-Gesellschaft ins Private (x298/235): >>... Also: Was ist eine Nische in der Gesellschaft der DDR?

Es ist der bevorzugte Platz der Menschen drüben, an dem sie Politiker, Planer, Propagandisten, das Kollektiv, das große Ziel, das kulturelle Erbe – an dem sie das alles einen guten Mann sein lassen, Gott einen guten Mann sein lassen und mit der Familie und unter Freunden die Topfblumen gießen, das Automobil waschen, Skat spielen, Gespräche führen, Feste feiern. Und überlegen, mit wessen Hilfe man Fehlendes besorgen, organisieren kann, damit die Nische noch wohnlicher wird. ...

Eine der schönsten Nischen ist die eigene Datsche, wie man – mit "e" am Ende – das russische Wort "Datscha" gewöhnlich ausspricht: die Weiterentwicklung der Gartenlaube zum Sommerhaus am Waldrand oder Seeufer, möglichst winterfest ausgebaut. ...

Eine besonders wichtige tiefe Nische sind der Freundeskreis und die Gespräche, die in ihm geführt werden. ...<<

USA: Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die militärische US-Wettrüstung (x068/357-361): >>"**Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator ...**"

Unter der Reagan-Bush-Administration arbeiteten über 30.000 US-Industrieunternehmen und mehr als 6,5 Millionen Amerikaner für den "militärisch-industriellen Komplex". Unter Reagan/Bush würden dafür an jedem Arbeitstag mehr als 50.000 Lieferkontrakte von den Bevollmächtigten des Pentagons und der Waffengattungen unterschrieben und Tag für Tag fast 900 Millionen Dollar dafür ausgegeben.

Denn es mußte Geld kosten, viel Geld!

Gegen Ende der achtziger Jahre hatten die USA 360 Militärbasen in Übersee. Und jährlich investierten sie dort über 1,5 Milliarden Dollar in neue Militäranlagen.

Aber die Militäranlagen hatten dem Dollar zu dienen - und dann allenfalls noch ein bißchen umgekehrt. Doch die Priorität stand fest. Viel kosten, viel verschlingen mußte alles.

Allein der Unterhalt der US-Air-Force verschlang in den achtziger Jahren eine größere Summe, als ganz Lateinamerika, Afrika und Asien (mit Ausnahme Japans) für Kindererziehung ausgeben konnten.

Die Yankees dagegen geben viel für Kindererziehung aus, selbst noch für die Erwachsenen, weil sie noch nicht so erzogen sind, wie heute Kinder erzogen werden.

In der Reagan-Bush-Zeit bekamen da und dort Vierzehnjährige schon Waffenausbildung. Sie zogen zu Kriegsspielen ins Gelände, in gewissen Schulen stets in Uniform, mit militärischen Dienstgradabzeichen, auch die Mädchen.

Nazimethoden?

200 Millionen Kriegsspielzeuge wurden Jahr für Jahr an amerikanische Kinder verkauft.

Doch nicht die Jugend nur, fast die ganze Gesellschaft wurde vom Militär fasziniert, das ganze Land beinah zu einer Art Militärarsenal - nicht im Dienst übler Kampf- oder Kriegshysterie, oh nein, es diente dem militärisch-industriellen Komplex. Das andere war eher ein Nebenprodukt, das man, gar nicht ungerne, buchstäblich in Kauf nehmen konnte.

Zumindest in den ersten Jahren der Reagan-Bush-Administration standen in den USA rund zwei Millionen Menschen unter Waffen, davon 170.000 Frauen. Etwa ein Drittel der Kampfverbände aber befindet sich in der Regel im Ausland: in Europa, in der Karibik, im Bereich des westlichen Pazifik, des Indischen Ozeans.

Weiß man doch, wie oft man da schon zu operieren hatte, immer wieder, in Mittelamerika, in Kuba, im Libanon, im Persischen Golf, im Iran, Irak, in Libyen, in Vietnam?

Nach Ermittlungen der Historiker B. M. Bleichman und Stephen S. Kaplan intervenierten die USA mit militärischem Einsatz in den ersten dreißig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit in 215 Fällen.

Trotz der gewaltigen Kriegsmaschinerie aber, trotz des größten Militärapparates der Welt, der jeden Punkt des Planeten entweder "schützt" oder bedroht, trotz des zeitlichen Vorsprungs bei der Produktion der meisten stets schrecklicheren Waffen, eines Vernichtungspotentials, wie es die Welt noch nie gesehen, schwätzten sie ihr immer wieder ihre Unterlegenheit vor, entsetzten sie die Nation und die Verbündeten, ihre "Freunde", mit klaffenden Lücken, Lücken bei dieser, bei jener Waffe, eine Lücke in der Panzerwaffe gab es, eine "bomber gap", eine "missile gap", eine Unausgewogenheit bei den Raketen - entsprechende Lügen ihrer Präsidenten und Propaganda am laufenden Band. "Die Wahrheit ist", log Reagan 1982, "daß die Sowjetunion in der Tat eine definitive Überlegenheit besitzt ..."

Der Zweck des Dauergeschwätzes von all den "Lücken", den "Ungleichgewichten", dem Vorsprung oder doch bald drohenden Vorsprung der Russen war es, das irrsinnige Rüstungsgeschäft immer mehr in die Höhe zu jagen. 1940 hatte man dafür zwei Milliarden Dollar ausgegeben, 1945 schon 86 Milliarden, 1970 bereits 104 Milliarden, inzwischen sind es 300 Milliarden.

Sagte ich irrsinnig?

Wie leichtfertig. Denn all dies mußte sein - ein Erfordernis der Verantwortung einfach.

Waren doch alle US-Streitkräfte, Heer, Marine, Luftwaffe, Marineinfanterie, stets beinah kriminell schlecht ausgerüstet, wie die Rüstungsindustrie wußte. Sie alle hatten über kurz oder lang (aber öfter über kurz) veraltete Waffen und mußten immer wieder neu bestückt werden. Und wird ein im Verteidigungsbereich so ahnungsloser Mann wie Caspar Weinberger Verteidigungsminister, mußte der Militärisch-industrielle Komplex ihn natürlich beraten, sorgfältig beraten, aus seinen Erfahrungen heraus.

Und wirklich konnte man seine Bedürfnisse derart plausibel machen, daß Weinberger dem Kongreß Anfang 1981 einen Fünfjahresplan zur Wiederaufrüstung in Höhe von insgesamt 1,5 Billionen Dollar präsentierte. Man sollte meinen - auch wenn da noch etwas reduziert werden mußte - das reicht. Aber nein, ermittelte das Pentagon doch bei der Kontrolle von 774 Rüstungspreisen immerhin 365 grobe Preisüberschreitungen mit einem Gesamtwert von 788,9 Millionen Dollar. Und das Überschreiten nimmt in jüngster Zeit ständig zu. So stiegen die staatsanwaltlich verfolgten Betrugsfälle von 770 im Jahr 1984 auf 1.421 im Jahr 1986. Dazu

kamen im selben Zeitraum noch 511 staatsanwaltliche Bestechungsdelikte.

Die Rüstung und Überrüstung, die eine Eskalation aufzuweisen hatte, wie sie nur unter Wahnsinnigen möglich scheint, da sie längst reichte, den Planeten mehrfach in die Luft zu jagen, war freilich vernünftig, dachte man nur an das Geschäft dabei. Und gewisse, und zwar die maßgebenden Kreise dachten ganz offenbar nur an das Geschäft, das immer astronomische Summen einbrachte, wobei sich, bizarr genug, nicht auch die Waffen im gleichen Maße mehrten.

Rolf Winter hat gezeigt, daß die erste Reagan-Bush-Regierung für 75 % mehr Geld für die Air Force nur 8 % mehr Flugzeuge erhielt; für 91 % mehr Geld für Raketen nur 6 % mehr Raketen; für 147 % mehr Geld für die Panzerwaffe nur 30 % mehr Panzer.

Ein Skandal?

Aber nein. Es hing und hängt damit zusammen, daß, was wir alle kennen, alles einfach immer teurer wurde und wird, laufend, laufend, was hier nur die sogenannte AMRAAM-Rakete, eine "Fortgeschrittene Mittelstrecken-Luft-Luft-Rakete" veranschaulichen soll. 1977 bezifferte man den Stückpreis in Washington auf 45.000 Dollar, 1981 stieg der Preis schon auf 115.000 Dollar, bis 1984 kletterte er auf 305.000 und 435.000 Dollar, schließlich kosteten die ersten 90 Raketen pro Stück 871.000 Dollar - und noch 1989 trafen nur die allerwenigsten dieser Raketen überhaupt ihr Ziel, wohl das Beste, was man von ihnen sagen kann - aber irgendwohin trafen und treffen sie natürlich doch.

Also, man muß sich über Wasser halten. Man muß sich nach der Decke strecken. Und so hält man sich und streckt sich. Und je mehr man verdient, desto weniger zahlt man natürlich im Verhältnis dem Staat. Das dürfte weithin in der Welt zwar ähnlich sein. In den USA aber zahlten Rüstungsriesen mit Hunderten von Millionen, ja mit Milliarden Dollar Reingewinn in den ersten vier Jahren der Reagan-Regierung überhaupt keinen Cent Einkommensteuer: zum Beispiel "Lockheed" mit 1,7 Milliarden Dollar Profit, "Boeing" mit 2,1 Milliarden Dollar Profit, "General Electric" mit 9,6 Milliarden Dollar Profit.

Aber leider: nur vier Jährchen lang.

Warum nicht länger?

Ja, das fragt man sich.

Warum nicht stets?

Versteht man, weshalb so viele Präsidenten schon lehrten:

Je weniger Staat, desto besser?

Weshalb Reagan schon in seiner Rede zum Amtsantritt sagte, der Staat sei "nicht die Lösung, der Staat ist das Problem"?

Gut gesagt, Sir.

Und versteht man jetzt auch, warum die Sowjetunion immer böser, immer stärker, immer überlegener wurde - obwohl sie es doch längst nicht (mehr) war?

Im selben Jahr, als Präsident Reagan log, in Wahrheit besitze die Sowjetunion eine definitive Überlegenheit, im selben Jahr, am 29. April 1982, beantwortete sein Verteidigungsminister Weinberger vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Frage, ob er lieber über das sowjetische oder das amerikanische Atomarsenal verfügen würde: "Auch nicht einen Augenblick würde ich irgend etwas tauschen, denn wir haben einen unerhörten technologischen Vorsprung."

So war es. Und der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Ustinow sagte denn auch mit allem Recht ein Jahr darauf. "Sehen wir uns doch an, wer wirklich der Initiator des Wettrüstens ist. Die Frage sei gestattet, wer als Erster eine Atomwaffe geschaffen und sie gegen die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki angewandt hat?

Wer als Erster Tausende von Bombenflugzeugen als Träger für Kernwaffen gebaut und damit begonnen hat, Interkontinentalraketen in Massen zu produzieren und zu stationieren, sowie

die Zahl der atomar angetriebenen U-Boote mit ballistischen Raketen an Bord zu vergrößern?
Wer war der Erste bei der Ausstattung ballistischer Raketen mit individuell gesteuerten Mehrfachsprengköpfen?

Wer hat mit der Produktion der Neutronenwaffe und der binären chemischen Waffen begonnen?"

Wer versucht, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen?

Gleichwohl haben die USA systematisch die Hysterie, den "Kalten Krieg", die panische Angst vor den Russen geschürt, die in Wirklichkeit immer mehr zu Tode gerüstet wurden, wie sich inzwischen drastisch genug gezeigt hat.

Und Ronald Reagan konnte im Bewußtsein dieser ungeheuren Überlegenheit im Weißen Haus zwischen Suppe und Hauptgericht gelassen einen "begrenzten atomaren Schlagabtausch" in Europa ventilieren, ohne daß ihm der Appetit verging.

Warum auch?

Sein Abrüstungsexperte, Eugene Rostow, beurteilte 1981 bei einer Anhörung im Senat das Überlebensrisiko optimistisch. Er zögerte keinen Augenblick, in diesem Zusammenhang das Aufblühen Japans nach dem amerikanischen Nuklearangriff zu erwähnen, ja, erklärte dem ziemlich verblüfft nachfragenden Senator: "Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator Fell". ...<<

1984

Auch der allzu große Eifer im Guten kann zu allen Zeiten das Gute hindern und das Böse fördern.

Johann Peter Hebel (1760-1826, deutscher Schriftsteller)

Mai 1984

BRD: Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) erklärt während eines wissenschaftlichen Kongresses ("Der Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg"), der vom 3. bis 5. Mai 1984 in Stuttgart stattfindet (x036/176-177): >>... Es wurden in Auschwitz nicht 2,5 Millionen Juden vergast. Das ist eine Unmöglichkeit. Wenn man sich ganz Europa ansieht, dann weiß man doch, wie viele Juden in der Sowjetunion erschossen und wie viele im Generalgouvernement vergast worden sind. Aus dem Generalgouvernement sind im Jahre 1942 noch keine Juden nach Auschwitz gekommen, und nach dem Ende des Jahres 1942 sind sehr wenige übriggeblieben. Die meisten polnischen Juden sind in Treblinka, in Belzec und in Sobibór vergast worden.

Ich schätze die Zahl der Opfer in Auschwitz auf rund eine Million Juden. Davon sind 400.000 aus Ungarn gekommen, etwa 300.000 aus verschiedenen polnischen Gebieten, darunter Lodz, Oberschlesien, Bialystok, Zichenau und den Überresten der Gettos im Generalgouvernement, dazu noch weitere 300.000 aus verschiedenen Ländern Europas, aus Frankreich, aus Griechenland, aus Holland, der Tschechoslowakei, in geringerem Maße aus anderen Ländern wie zum Beispiel Italien oder Kroatien.

Selbstverständlich war Auschwitz als Mittelpunkt in Europa für die westeuropäischen, südeuropäischen, südosteuropäischen Juden bestimmt. Das hatte auch damit zu tun, daß es an Eisenbahnlinien gelegen ist und daß für jeden Transport in ein Vernichtungslager gezahlt werden mußte, für jeden Achsenkilometer vier Pfennige pro Person, zwei Pfennige bei Gruppenbeförderung.

Aber ich muß behaupten, daß die Zahl von 2,5 Millionen jüdischer Opfer in Auschwitz ausgeschlossen ist.<<

01.07.1984

BRD: Der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker (1920-2015) wird am 1. Juli 1984 zum Bundespräsidenten gewählt.

10.11.1984

BRD: In Bonn findet am 10. November 1984 der V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen statt.

Im Verlauf dieses V. Kongresses sprechen auch Vertreter der CDU, CSU, SPD und FDP (x024/319-320): >>... Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, CDU-Vorsitzender: "Wir Deutschen finden uns mit der Teilung nicht ab. Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar, in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Deshalb bleibt auch die deutsche Frage offen. Das gilt politisch wie in rechtlicher Hinsicht. ...

Der Bundespräsident hat vor einigen Wochen mit Recht darauf hingewiesen, daß es doch gänzlich unnatürlich wäre, wenn die Deutschen die Idee ihrer Einheit für ein Volk aufgeben, das selbstverständlich zusammengehört.

Wir wissen - und sind Realisten -, daß die Lösung der deutschen Frage jetzt nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Aber wir wissen auch, daß wir selbst, wenn wir an der Einheit der Nation festhalten, den notwendigen langen Atem auf dem Weg der Geschichte aufbringen müssen.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands – dies ist meine feste Überzeugung – ist nur langfristig und unter einem europäischen Dach denkbar.

Wenn wir dieses nur in historischen Zeiträumen zu verwirklichende Ziel im Auge behalten, dann hat es überhaupt nichts mit Aggressivität oder mit Revanchismus zu tun, sondern ist der selbstverständliche Wille eines Volkes, das den Willen zur Einheit der Nation allen anderen Völkern dieser Welt ganz selbstverständlich auch zubilligt. Wir wollen nicht mehr, als anderen überall, in allen Kontinenten, gewährt wird."

Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, CSU-Vorsitzender: "Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag hat wenigstens Eindeutigkeit und Klarheit über die verfassungsrechtliche Lage geschaffen und hat eindeutig klargestellt, daß uns das Grundgesetz deutschlandpolitisch rechtliche und politische Vorgaben macht, die negotiabel sind, die also nicht zur Diskussion oder Disposition gestellt werden können.

Sonst läuft nämlich die Forderung nach einem immer neuen Kompromiß darauf hinaus, daß man am Ende beim Extrem der einen Seite angelangt ist. Diese Tatsachen muß sich jeder sagen lassen, der angesichts dieser eindeutigen Rechtslage, aber auch angesichts der noch immer bestehenden Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland laut darüber nachdenkt, ob die deutsche Frage wirklich noch offen ist." ...<<

Dr. Herbert Hupka (1915-2006) beendet diese Veranstaltung mit den Worten des Jesuitenpaters und Widerstandskämpfers Alfred Delp (x024/321): >>... Wer nicht den Mut hat, Geschichte zu machen, wird ihr armes Objekt. Laßt uns tun!<<

Polen: Nach dem V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen stellt "Radio Polonia" entrüstet fest (x024/321): >>... Die Proklamierung der offiziellen Doktrin vom Weiterbestehen des Dritten Reiches in den Grenzen von 1937 heute in der Bundesrepublik Deutschland, fast 40 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands und der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, weiter die Aufrechterhaltung von irgendwelchen Illusionen bezüglich möglicher territorialer Änderungen, wie in Jalta und Potsdam festgelegt, mit Hilfe sogenannter friedlicher Mittel, droht mit unabsehbaren Konsequenzen.<<

30.11.1984

DDR: An der "Zonengrenze" entfernen DDR-Grenztruppen am 30. November 1984 die letzten "Todesautomaten".

09.12.1984

BRD: Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger (CDU) erklärt am 9. Dezember 1984 wäh-

rend eines Kongresses (x287/195): >>... Auf das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Völkern der Welt eingeräumt wird, werden wir niemals verzichten.

Und ich füge aus gegebenem Anlaß hinzu: Wer sich vor die Berliner Mauer stellt und sagt, das muß so bleiben, der setzt sich nicht nur in zynischer Weise über das Selbstbestimmungsrecht hinweg, der handelt nicht nur unsolidarisch, sondern er trägt vor allem dazu bei, einem längst überwunden geglaubten Nationalismus neu zu entfachen und der Politik der Westbindung und der europäischen Integration in unserem Land den Boden zu entziehen.<<

1984

Ostdeutschland, Polen: Von 1950 bis 1984 verlassen über 750.000 Deutsche als Aussiedler das Land und werden in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (x077/35).

BRD: Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch (1913-1987) berichtet im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" (x883/...): >>**Der Weltkommunismus**

In der Hauptsache werden drei Männer für das Aufkommen des Weltkommunismus verantwortlich gemacht: **Karl Marx** (gestorben in London 1883) - **Uljanow Lenin** (gestorben 1923 in Gorki bei Moskau) - **Josef Stalin** (gestorben 1953).

Diese drei Männer haben einen großen Teil der Welt in ein Meer von Blut und Tränen verwandelt. Es sind absichtlich nur die Jahre angegeben, in denen diese drei Größen des Abgrundes vom Schauplatz der Erde abgetreten sind. Der Prophet Jeremia sagt in 17,13: "Der Name der Gottlosen müsse in den Sand geschrieben werden." Das heißt, der erste Windstoß oder die erste Wasserwoge wischt den Namen aus. Ihr Name und Gedächtnis vergeht.

Leider ist das aber nicht vergangen, was diese drei Männer gesät haben. Ihre Drachensaat ging nicht hundertfältig, sondern tausendfältig auf.

Karl Marx war Sohn eines jüdischen Anwaltes. Seine Lebensgeschichte zeigt die Entfaltung revolutionärer, atheistischer Ideen. Nach seinem Studium war er journalistisch tätig. Wegen seiner radikalen Anschauungen mußte er seine Stellung als Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung" aufgeben. Er hat so viel Ärger ausgelöst, daß die preußische Regierung verlangte, daß Marx aus Paris ausgewiesen wurde. Er siedelte dann nach London über, wo er sich einer **Satansloge** anschloß. Über seine Zugehörigkeit zu den Illuminaten ... verweise (ich) auf das Buch Wurmbrands "**Karl Marx und Satan**".

Die Opposition gegen jede Form einer Religion zeigt sich schon in seiner Frühschrift: "**Die Kritik der Religion als Voraussetzung jeder Kritik.**" Marx äußert in dieser Schrift einige seiner revolutionären Ideen. Die Kritik an jeder Religion hat damit zu enden, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei. Die Religion sei nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewege, solange er sich nicht um sich selbst drehe. In diesem Zusammenhang steht das geflügelte Wort: "Religion ist das Opium für das Volk."

Der französische Soziologe **Raymond Aron**, in seiner Jugend selbst Marxist, schloß an diese Aussage von Marx die Erklärung an: "**Der Marxismus ist das Opium für die Intellektuellen.**"

Vor einigen Jahren suchte ich Material zur Person und Politik von Marx zusammen. Typisch für seine menschenverachtende Ideologie ist sein Bekenntnis: "Meine Aufgabe ist es, die Menschheit in die Hölle zu ziehen. Dort werde ich lachen über sie." (Zitiert bei Richard Wurmbrand in "War Marx ein Satanist?")

Eine ähnliche Aussage fand ich in der Broschüre "An ideology for South Africa" von **Francis Grim**. Darin heißt es auf Seite 10:

"What grater challenge could there be for Christians than to directly oppose the design of Karl Marx, the writer of the Communist Manifest and the father of Communism, who said: The sole purpose of my life is to destroy God and to dethrone Him forever."

Auf deutsch heißt das: "Was kann es für einen Christen eine größere Herausforderung geben, als der Absicht von Karl Marx direkt zu widerstehen. Er ist Schreiber des 'Kommunistischen

Manifestes' und Vater des Kommunismus, der erklärte: Der einzige Zweck meines Lebens ist, Gott zu vernichten und ihn für immer zu entthronen."

Lenin war ebenfalls wie Karl Marx Mitglied eines Satansklubs. In dem Buch von **L. Trotzki** "Der junge Lenin" (Fischer Verlag) heißt es: "Bei Lenin, dem Begründer des modernen Kommunismus, vollzog sich die Aufnahme in eine Satanssekte, indem er auf das Kreuz spie und auf ihm herumtrat." - Viele Satanskulte praktizieren die gleiche Zeremonie bei der Aufnahme von Mitgliedern.

Den Lebensweg dieses revolutionären Politikers hier darzustellen, ist nicht Aufgabe dieses Buches. Nur einige kurze Hinweise sollen gebracht werden. Seit 1912 sammelte und vereinigte er als geschickter Organisator russische revolutionäre Gruppen. Seit 1914 hielt er sich in der Schweiz auf und wurde im April 1917 in einem geschlossenen Eisenbahnwagen nach Rußland geschafft, um die russische Kampfkraft zu unterhöhlen. **Das war ein verhängnisvoller Schachzug der deutschen Heeresleitung.**

Der Friede mit Rußland kam zustande, kurze Zeit später vollzog sich eine schaurige Revolution. Lenin räumte mit allen Gegnern rücksichtslos auf. 1922 gründete er die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Seine politische Einstellung ist eine Weiterentwicklung des Marxismus und zugleich eine Entfaltung einer ungeheuren Machtgier und radikalen skrupellosen Beseitigung der Gegner. Es gibt kein anderes politisches System, das derart brutal die Menschen versklavt.

Wie diese Versklavung der Völker erreicht werden soll, ist in einem Buch Nr. 3926 des **Britischen Museums in London** aufgezeichnet. Daraus werden einige Leitbilder und Instruktionen zitiert:

1. Die Jugend durch falsche Grundsätze verderben.
2. Das Familienleben zerstören.
3. Die Menschen durch eigene Laster beherrschen.
4. Die Kunst entweihen und die Literatur beschmutzen.
5. Die Achtung vor der Religion vernichten.
6. Priester in Skandalgeschichten verwickeln.
7. Grenzenlosen Luxus und verrückte Moden einführen.
8. Mißtrauen zwischen sozialen Schichten säen.
9. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse vergiften.
10. Das Volk gegen die "Reichen" aufwiegeln.
11. Die Landwirtschaft durch Industrie ruinieren.
12. Löhne ohne Vorteil für die Arbeiter erhöhen.
13. Feindseligkeit zwischen den Völkern hervorrufen.
14. "Ungebildete" regieren lassen. (Freies Wahlrecht).
15. Gestrauchelte Regierungsbeamte erpressen.
16. Vermögensschluckende Monopole schaffen.
17. Durch Wirtschaftskrisen Weltbankrott vorbereiten.
18. Massen auf Volksbelustigungen konzentrieren.
19. Menschen durch Impfgifte gesundheitlich schädigen.
20. Grundbesitze mit Rittern vom "Goldenen Kalb" besetzen.
21. Den Todeskampf der Völker vorbereiten, die Menschen durch Leiden, Angst und Entbehrungen erschöpfen, ... denn ... Hunger schafft Sklaven.

Die Verwirklichung dieser Prinzipien hat die kommunistischen Länder zu Zuchthäusern verwandelt. Ein Christ aus den sowjetischen Gefängnissen konnte einen Brief nach dem Westen schmuggeln. Er schrieb: "Die Sowjetunion ist für uns ein riesiges Konzentrationslager, innerhalb dessen es noch zusätzliche Kerker und Orte der Bestrafung gibt. Man hat uns verurteilt, weil wir gläubig sind und unsere Kinder im Glauben erziehen ... Nach der schlechten

Behandlung in den Lagern sind wir nicht mehr lebensstüchtige Bewohner dieser Erde, sondern nur noch armselige Kreaturen. ...

Brandschwarze Verleumdungen und Lügen wurden erfunden und die Bevölkerung gegen uns aufgehetzt, indem man uns Ritualmorde anlastete. Unsere Frauen schmerzt es, wenn Kinder gezwungen werden, der Ocoybryata oder den Pionieren beizutreten (kommunistische Jugendorganisationen). Es ist erschreckend, zu welch wahnsinnigen, erpresserischen Mitteln die Lehrer greifen, wenn unsere Kinder sich weigern, die Abzeichen der Gottlosigkeit (Stern und rotes Halstuch) zu tragen ..."

Durch Mord und Terror ist es Lenin gelungen, seine Pläne zu verwirklichen. Er nahm ein schreckliches Ende. Ich erinnere mich gut an die Zeit, da Lenin starb. Damals war ich noch Schüler. Eines Tages kam unser verehrter Religionslehrer in den Unterricht und erzählte uns von den Ereignissen beim Tode Lenins. Lenin starb in geistiger Umnachtung. Er kroch wie ein Tier auf dem Fußboden umher und bat Tische und Stühle um Vergebung für seine Greuel-taten. Dieser Götze von Millionen von irregeführten Menschen wurde also noch vor seinem Tode gestürzt wie der Gotteslästerer Herodes (Apostelgeschichte 12,23).

Der dritte in dieser schauerlichen Reihe muß genannt werden: Josef Stalin. Was Karl Marx philosophisch und journalistisch gesät und Lenin mit vollendeter Technik organisiert hat, ist bei Stalin zur **verbrecherischen Reife** gelangt. Ein Zeitgenosse urteilte über ihn: "Er war kein Mensch, sondern ein Teufel." Sein Vater war ein versoffener Flickschuster, seine Mutter eine gläubige Frau, die aus ihrem Sohn einen Priester machen wollte. In der Tat gelang ihr die Aufnahme ihres Sohnes im Priesterseminar in Tiflis. Nach vierjähriger Seminarzeit wurde er wegen revolutionärer Ideen weggeschickt.

Stalin gewann sich zunächst das Vertrauen der ärmsten Volksschicht, der besitzlosen Landarbeiter, indem er die begüterten Bauern, die Kulaken, enteignete und sie liquidierte. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre hatte er sechs Millionen Kulaken umbringen lassen.

Das Militär machte sich Stalin gefügig, indem er die fähigsten Kommandeure verhaften und nach einem Schauprozeß hinrichten ließ.

Auch vor der eigenen Partei machte er nicht halt. In großen Säuberungsaktionen hat er die Partei auf fast die Hälfte dezimiert. ...

Nobelpreisträger Alexander Sacharow schrieb im Jahr 1968 zu diesen Massakern: "Allein in den Jahren 1936-1939 wurden mehr als 1,2 Millionen Mitglieder der Partei verhaftet. Nur 500.000 kamen mit der Zeit wieder frei. Die anderen wurden bei Verhören zu Tode gefoltert, erschossen oder sind im Arbeitslager umgekommen.

Wie war Stalins Ende, der getreu in den Fußstapfen seines Vorgängers Lenin wandelte? Dem "Arche Blatt" vom Mai 1977 entnehme ich folgendes: "Am 21. Dezember 1952, ein halbes Jahr vor seinem Tode, rief Stalin 12 seiner treuesten Genossen des obersten Sowjets zu sich und verkündigte ihnen sein politisch-ideologisches Testament." Es können nur einige Einzelheiten gebracht werden, weil dieses letzte Vermächtnis dem Rahmen dieses Kapitels sprengen würde. Es heißt darin:

"Genossen, noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine Heilslehre in so kurzer Zeit sich ein solches Riesenreich erkämpft wie der Kommunismus ... Vom großen Ozean bis zur Elbe ist alles in unserer Hand, denn die sogenannten Satellitenstaaten geben wir nicht mehr her. Mehr als 22 Millionen Quadratkilometer mißt die Sowjetunion allein.

Dazu kommen die Länder, die durch Hitlers Wahnsinn und die Naivität der Amerikaner uns in den Schoß gefallen sind: Polen, Ostdeutschland, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Estland, Lettland und Litauen nicht einmal gezählt. Dazu kommen die starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich und viele unserer Freunde in Asien, Afrika und Südamerika. Genossen, im Kampf um Rußlands Weltherrschaft haben wir eine wunderbar zügige Parole, ganz anders als Hitler, der meinte, nur am deutschen Wesen könne die

Welt genesen. Wir Russen reden hintenherum ...

Die Idee des Kommunismus zieht die Armen der ganzen Welt unter ihren Bann. Diesen Armen verkünden wir die frohe Botschaft von der Verteilung der irdischen Güter an alle ... Die Lehre vom Kommunismus treibt die Schäflein der ganzen Welt in die russische Hürde ... Bald werden alle Völker nach Moskau wallfahren. **Moskau wird das neue Jerusalem sein**

...

Unser alter Marx hat den Slogan geprägt: Religion ist Opium für das Volk. Er hat damit den Menschen das Gewissen herausgeschnitten. Und ein Mensch ohne Gewissen kennt keine Verantwortung vor einem Gott. Auch ich habe mir von Marx und Lenin das Gewissen heraus-schneiden lassen. Meine moralische Norm 68 heißt jetzt: Gut ist, was uns Russen nützt, was uns zur Weltherrschaft bringt. Schlecht ist, was uns daran hindern will. Offen sage ich euch: Wir stellen die Gewalt und Lüge in unseren Dienst. Ja, ihr müßt alles versprechen und nicht halten ... Auf den Köder des Kommunismus beißen die unreifen und unerfahrenen jungen und auch alte Menschen an, sogar viele Intellektuelle ...

Der Kommunismus ist für Narren eine süße Droge ... Wer muckst, wird in die sibirische Kühltruhe gesteckt. Resümieren wir kurz: Kommunismus ist unser Opium für die Völker. Unsere Außenpolitik heißt List und Intrige, unsere Innenpolitik ruht auf dem Terror! **Unser Ziel ist: die Weltherrschaft.**" ...

Die zwölf auserwählten Jünger Stalins klatschten 10 Minuten lang Beifall. In dem Lärm des Klatschens hörte keiner das Gemurmel Chruschtschows: "Aber Liebknecht hat doch schon gesagt: **Wenn es einen Gott gibt, so sind wir Kommunisten die Geleitmen!**" –

Nachdem der Beifall verebbt war, hob Stalin nochmals die Faust, und alles war augenblicklich mäuschenstill. "Genossen", sprach er mit lauter Stimme, "vergeßt eines nicht: **Redet immer vom Frieden, bereitet aber immer den Krieg vor!** Zu Hause, in Rußland, dürft ihr mit groben Schuhen einhergehen. Im Westen aber schleicht auf leisen Sohlen umher, bis auch der Westen unser ist!"

Stalin müßte heute 20 Jahre nach seinem Tode die Liste der kassierten Länder vervollständigen. Vietnam kam dazu, Kambodscha, Afghanistan, dazu die durch kommunistische Revolutionen von innen her eroberten Länder. Mozambique wäre zu nennen, Angola, Äthiopien, Simbabwe usw. Insgesamt stehen allein auf dem Kontinent Afrika mehr als 20 Länder unter kommunistischem Einfluß. Kein Wunder, daß viele meinen, daß der Antichrist aus dem kommunistischen Weltreich kommt. Ich folge dieser Meinung nicht, sondern meine immer noch, daß dieser Machtmensch der Endzeit sich aus dem wiedererwachten römischen Weltreich erhebt. Ein Streitpunkt ist es aber für mich nicht.

Streiflichter aus dem kommunistischen "Paradies".

Es liegt so viel entsetzliches Material vor, daß es unmöglich ist, das alles zu berichten. Das gäbe nicht nur viele Bände, sondern eine ganze Bibliothek. Das meiste Material ist dem sehr zu empfehlenden Magazin von Wurmbrand "**Stimme der Märtyrer**" (Mai 1983) entnommen. Ich besitze auch Originalberichte aus Nordkorea, Kambodscha, Rhodesien (Simbabwe) und anderen kommunistisch regierten Ländern. Dazu einige Berichte.

Der Missionar **James Stuart** berichtete kürzlich aus Mozambique (Afrika) über die Verhaftung eines Christen mitsamt seiner Frau und seinen vier Kindern. Die Kinder waren aneinandergekettet. Die Kommunisten drückten der Frau eine Axt in die Hand und erklärten ihr: "Wenn du deinem Mann den Kopf abschlägst, lassen wir dich und deine Kinder frei. Wenn du dich weigerst, werden wir es tun und auch den Kindern den Kopf abschlagen."

Der Christ bat seine Frau, sich dem Wunsch der Mörder zu fügen. Zögernd holte sie zum Schlag aus, brachte ihm aber nur eine Verletzung bei, an deren Folgen er später starb. Die Frau wurde wahnsinnig. Was mit den Kindern geschah, ist nicht bekannt.

Den Kommunisten macht es nichts aus, solche Greuelthaten zu verüben. Je größer das Übel ist,

desto weniger glaubwürdig erscheint es. Jahrelang wollte die Welt nicht glauben, zu welchen Untaten Stalin fähig gewesen war. Präsident Roosevelt hatte ihn den "guten Onkel Joe" genannt. Die Kommunisten verlassen sich auf diesen psychologischen Trick und begehen absichtlich Scheußlichkeiten, die sich andere Menschen kaum vorstellen können. -

Kommunisten und die Kirchen (Juni 1983)

Die Kommunisten töten die Leute nicht nur einzeln, sondern auch in Gruppen. Lenin hat ja gelehrt: "Grundsätzlich haben wir nie auf Gewaltanwendung verzichtet und werden nie darauf verzichten können."

In Nicaragua drangen uniformierte Kommunisten in eine Kirche ein, vergewaltigten fünf Musawa-Indianerinnen - darunter zwei zwölfjährige Mädchen - und töteten sie anschließend. Als nächste wurden sechs Gottesdienstbesucher, die gegen die Vergewaltigung protestiert hatten, auf der Stelle erschossen.

Später mußten unzählige andere ihr Leben lassen. 40 Dörfer der Musawa-Indianer fielen der Zerstörungswut zum Opfer, das Vieh wurde geschlachtet und die Ernte vernichtet. In Tulinbila überführten die Kommunisten 13 Kranke in die katholische Kirche und steckten das Gebäude dann in Brand. Der evangelische Pfarrer Abel Flores und 13 kirchliche Mitarbeiter wurden vor einem Jahr verhaftet. Seither hat man nichts mehr von ihnen gehört. ("Deutsche Tagespost", 18. Dezember 1982.)

Im kommunistischen Mozambique (Afrika) starb der katholische Priester Estevao Mirassi nach drei Jahren Gefangenschaft. Andere sind immer noch eingekerkert. Viele Kirchen wurden geschlossen. Diejenigen Pfarrer, welche die Kommunisten unterstützten, bevor diese an die Macht kamen, werden inzwischen die wahre Natur ihrer neuen Herrscher erkannt haben. Vorher hatten sie sich als Freiheitskämpfer ausgegeben.

In Kambodscha töteten die Kommunisten drei Millionen Unschuldige und trachteten danach, jede Form von Religion auszumerzen. Von den 5.000 Christen, die es in diesem Lande vor der Machtübernahme durch die Kommunisten gab, sind heute die meisten nicht mehr am Leben. Bischöfe, Priester, Mönche, Nonnen und evangelische Geistliche wurden umgebracht oder gingen an den Folgen der erlittenen Qualen zugrunde. Zur Zeit lebt im ganzen Lande noch ein einziger protestantischer Pfarrer.

In Vietnam floh jeder der konnte, von Schrecken gepackt, vor den Kommunisten. So kam es, daß eine halbe Million Vietnamesen einschließlich vieler Christen im Meer ertranken oder von Piraten ermordet wurden.

In China verbüßten 100.000 religiöse Führer Freiheitsstrafen. Tausende verloren ihr Leben gewaltsam.

Folter in Kuba (Juli 1983)

In Kuba befindet sich der Christ Valladares nach 22jähriger Gefangenschaft seit einiger Zeit wieder auf freiem Fuß. Der UNO-Kommission für Menschenrechtsfragen schilderte er, wie die herzlosen und so präzisen Kommunisten ihre Gefangenen behandeln: "Fässer mit Exkrementen und Urin wurden über die Gefangenen gegossen. Eloj Menojo wurde derart zusammengeschlagen, daß er sein Gehör und ein Auge verlor. ...

Russische, tschechische, ostdeutsche und kubanische Ärzte machten die Gefangenen absichtlich krank; dann verwendeten sie sie noch als 'Versuchskaninchen'. Der evangelische Prediger Gerardo Gonzales Alvarez wurde erschossen. Seine letzten Worte waren: 'Vater vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun.' Enrique Correa versuchte, dem tödlich verwundeten Prediger zu helfen und wurde dabei selbst von neun Kugeln getroffen; aber er überlebte. Hunderte von Gefangenen vegetieren immer noch in unterirdischen Zellen dahin, wo sie kein Sonnenstrahl erreicht. Ebenfalls erschossen wurden Gonzalez, Reloba und Rodolfo Alonso. Alonso war 21 Jahre alt."

Christliche Persönlichkeiten aus Westeuropa waren in Kuba auf Besuch, als sich diese Greuel

abspielten. Sie kehrten in ihre Länder zurück und teilten mit, in den kubanischen Gefängnissen befänden sich keine Christen. Sie hatten die Schreie der Gefolterten nicht gehört.

Als ich diese Tatsachen veröffentlichte, griff mich einer der christlichen Führer an und warf mir vor, ich hätte alles erfunden. Nun bestätigt der christliche Glaubensheld **Valladares** jedes Wort, das ich gesagt habe. Der Kommunismus ist ein Monstrum, und wer ihn mit mildereren Worten beschreibt, täuscht die anderen oder ist selbst getäuscht worden.

Ein idea-Bericht über Afghanistan (1983) von Rudolf Pfisterer

Mehr als drei Jahre nach ihrem Einmarsch in Afghanistan greifen die sowjetischen Besatzungstruppen zu immer grausameren Mitteln, um das Land unter Kontrolle zu halten. Grund: Die Aktivität islamischer Widerstandsgruppen - die Bevölkerung ist zu 99 Prozent moslemisch - ist ungebrochen, und die afghanische Armee wird immer schwächer. Sie hat nach Angaben eines nach Pakistan geflüchteten Generals mehr als 65.000 Soldaten verloren. Viele von ihnen seien zu den Widerstandsgruppen übergelaufen. Zur Zeit stehen in den afghanischen Streitkräften wahrscheinlich nur noch rund 15.000 Mann unter Waffen.

Je mehr das moskauhörige Regime in der Hauptstadt **Kabul** seine Schwäche offenbart, desto intensiver werden die Terrormaßnahmen der sowjetischen Besatzer. Die Zivilbevölkerung hat darunter zu leiden. Erst kürzlich tauchten überall im Land kleine Sprengsätze auf: bunt bemalt wie Spielzeug, Uhren und Füllhalter.

Der amerikanische Schauspieler **Kirk Douglas**, der ein Flüchtlingslager an der afghanisch-pakistanischen Grenze besuchte, war entsetzt: Kinder, denen die Beine abgerissen worden waren, lernten gerade, auf ihren Stümpfen zu laufen. Ganze Ortschaften wurden von den Sowjets mit Napalm und Phosphor bombardiert, Moscheen und Krankenhäuser nicht verschont. Die Sondergefängnisse, in denen mutmaßliche Sympathisanten gefoltert werden, füllen sich. 5.200 Menschen sollen im letzten Jahr in einer Strafanstalt in der Nähe Kabuls gefangengehalten worden sein. Ein Freigekommener faßte seine Eindrücke in einem einzigen Satz zusammen: "Alles ist dort schrecklich."

Eine Medizinstudentin berichtete von brutalen Verhörmethoden. Nachdem man in ihrer Wohnung ein Flugblatt des Widerstandes gefunden hatte, wurde sie im Polizeihauptquartier von sechs Beamten einer intensiven "Behandlung" unterzogen: vierzehn Tage und Nächte mußte sie aufrecht stehen, wurde mit Elektroschocks gequält und immer wieder mit Vergewaltigung bedroht. Zur Einschüchterung führte man sie durch Schreckenskammern, wo sie sich menschliche Körperteile - Arme und Finger - ansehen mußte. Man zwang sie, der Entmannung eines Gefangenen beizuwohnen. Der Sterbende flüsterte ihr zu: "Meine Schwester, gesteh niemals, halte dich gut." ...

Ohne Blutbad keine Revolution

Das ist ein Wort **Lenins**, das mit einer grauenvollen Statistik untermauert werden soll. Die französische Zeitschrift "**Figaro**" vom November 1978 brachte einen Bericht über die Blutopfer, mit denen die Kommunisten ihre Weltrevolution bezahlten und immer noch weiterfinanzieren. Was hat der Kommunismus es sich an Menschenleben seit der russischen Revolution 1917 kosten lassen?

Die "Figaro-Statistik" sagt folgendes aus:

1. Menschenopfer des Kommunismus in der UdSSR von 1917-1959 = 66.700.000
2. Menschenopfer in der UdSSR von 1959 bis 1978 (nach Mindestschätzungen) = 3.000.000
3. Menschenopfer des Kommunismus in China = 63.000.000
4. Das Blutbad von Katyn = 10.000
5. Während der Vertreibungen von 1945-1946 getötete deutsche Zivilisten = 2.923.700
6. Kambodscha von April 1975-April 1978 = 2.500.000
7. Unterdrückung in Ost-Berlin, Prag, Budapest sowie in den Ländern des Baltikums = 500.000

8. Kommunistische Angriffe auf Griechenland, die Malaiische Halbinsel, Birma, Philippinen, Korea, Vietnam, Kuba, Schwarzafrika und Lateinamerika = 3.500.000

insgesamt: 142.133.700

Nicht nur, weil sich ungezählte Christen unter diesen Millionen befinden, sondern auch weil der gottlose Kommunismus zur Stunde blutgierig nach neuen Opfern Ausschau hält, ist es unsere Pflicht, unsere Mitmenschen vor dieser Ideologie zu warnen.

Diese Statistik müßte auf neuesten Stand gebracht werden, weil in den letzten fünf Jahren seit dieser **Figaro-Veröffentlichung** noch einige Millionen Opfer dazu kamen.

Es gibt irreführte oder schlecht informierte Christen, die eine solche Schreckensbilanz anzweifeln. Dann werden sie aber gebeten, einmal in ihrer Bibel nachzulesen, daß solche Greuel schon einmal gegen Christen verübt worden sind. Am globalen Ausmaß haben aber die kommunistischen Greuel die Opfer der Christenverfolgungen in der alten Kirche übertroffen. Da viele Namenchristen keine Bibel lesen - von den Ungläubigen ganz zu schweigen - soll die markanteste Stelle über die Christenverfolgungen zitiert werden.

In **Hebräer 11,36-38** heißt es: "Etliche haben Spott und Geißeln erlitten, dazu Bande und Gefängnis. Sie wurden gesteinigt, zerhackt - zerstoßen, durchs Schwert getötet. Sie sind umhergegangen in Schafspelzen und Ziegenfellen, mit Mangel, mit Trübsal, mit Ungemach. Deren die Welt nicht wert war, und sind im Elend umhergeirrt in den Wüsten, auf den Bergen und in den Klüften und Löchern der Erde."

Wir sind im Blick auf all diesen Jammer aufgerufen, für unsere bedrängten Brüder und Schwestern zu beten. Wir im satten Westen haben die Fürbitte aber noch nötiger, damit uns die Augen aufgehen über unser geistliches Elend und den endzeitlichen Charakter der Gegenwart.

Herr Jesus, komme bald und mache diesem teuflischen Terror und unserer Verstocktheit und Blindheit ein Ende. Ja, komme bald, Herr Jesus. ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch berichtet im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" über die aggressive Expansionspolitik des Islam (x883/...): >>...

1683 standen die Türken vor Wien, der damaligen Metropole der Christenheit. Welch ein Gemetzel hätten die Christen erwartet, wenn man der alten Moslemregel gedenkt, mit Feuer und Schwert den Glauben an Allah zu verbreiten. Die Stadt wurde aber erfolgreich verteidigt durch den Grafen Rüdiger Starhemberg und den tapferen Bürgermeister Andreas Liebenberg. Diese Männer hielten die Belagerer ab, bis die Ersatzheere von Herzog Karl von Lothringen und dem Polenkönig Sobieski herangerückt waren und in der Schlacht am Kahlenberg gewannen und Wien befreiten. ...

300 Jahre später stehen die Türken nicht nur in Wien, sondern genauso in München, Frankfurt, Paris, London und vielen anderen Städten des Westens. Diese stille Eroberung, gleichsam durch die Hintertüre, erfolgte ohne Blutvergießen. Wie war das nur möglich? Die geistlich immer schwächer werdende Christenheit erlaubte es dem Islam, Missionszentren in der westlichen Welt zu errichten.

So hat z. B. Zürich den Bauplatz für die Errichtung einer Moschee den Moslems geschenkt, obwohl viele Bürger dagegen protestierten. In Rom haben Libyen und Saudi-Arabien hoch oben auf dem Monte Mario eine Moschee gebaut. Gaddafi gab dazu 25 Millionen und die Saudis 50 Millionen. Der Papst konnte dieses Missionsprojekt im Herzen der katholischen Kirche nicht verhindern. England hat heute mehr als 200 Moscheen. In England und Frankreich sind die Moslems die zweitgrößte Religionsgemeinschaft.

Umgekehrt lassen die Länder mit vorwiegend islamischer Bevölkerung den Bau von christlichen Kirchen nicht zu. So habe ich in Djakarta eine neuerbaute christliche Kirche fotografiert, obwohl das gefährlich war. Zwei Monate nach der Einweihung wurde die Kirche von den Moslems zerstört, obwohl die Regierung Religionsfreiheit proklamierte. ...

In islamischen Ländern mußte weithin die christliche Missionsarbeit aufgegeben werden. Im Gegensatz dazu macht die islamische Missionsarbeit im Westen große Fortschritte. Darum sprechen die Moslems von einer Islamisierung des Abendlandes. Und Khomeini, der Führer Irans, spricht von einer Weltherrschaft des Islam als Fernziel. ...

In einer Zeit, da durch den beängstigenden Geburtenrückgang durch den Mord an den Ungeborenen die Bevölkerung in Deutschland abnimmt, wachsen die Gastarbeiterfamilien durch ihre große Kinderzahl. Hier wird eine biologisch-genetische Schlacht verloren, die sich auch auf dem religiösen Sektor auswirkt.

... Die Moslems glauben mit außerordentlicher Leidenschaft Dinge, die das genaue Gegenteil von dem sind, was Christen glauben. Die meisten christlichen Glaubensaussagen halten die Moslems für Irrtümer und Gotteslästerungen:

Der Christ glaubt an die Erbsünde. Der Koran lehnt die Erbsünde grundlegend ab. Deshalb hält der Moslem die Erbsünde für einen Unsinn. ...

Der Christ glaubt an die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus. Der Moslem lehnt die Fleischwerdung Jesu völlig ab ...

Der Christ glaubt, daß Jesus Gottes Sohn ist. Für den Moslem ist das eine Gotteslästerung. Im Koran liest er: "Nicht steht es Allah an, einen Sohn zu zeugen." Sure 19, Vers 36

"Wahrlich, das sind Ungläubige, welche sagen: Allah ist doch Christus, der Sohn Marias." Sure 5, Vers 18.

Der Christ glaubt an die Dreieinigkeit Gottes. Im Koran steht: "Glaubt an Allah und seinen Gesandten, sagt aber nichts von einer Dreiheit. Vermeidet das." Sure 4, Vers 172

Der Christ glaubt fest an Jesu Kreuzigung und Auferstehung und an die Erlösung durch Jesus Christus. Im Koran liest der Moslem: "Sie haben ihn aber nicht getötet und nicht gekreuzigt, sondern einen anderen, der ihm ähnlich war ... Sie haben ihn aber nicht wirklich getötet, sondern Allah hat ihn zu sich erhoben ..." Sure 4, Vers 158,159

So erfährt man, daß man im Islam die Erlösung durch Christi Blut völlig ablehnt. Für den Moslem gibt es keinen Heiland, keinen Erlöser. ...

An der Heiligen Schrift gemessen, ist der Islam eine antichristliche, ja sogar gefährliche Religion. ...

Mohammed wurde 570 in Mekka geboren. Zu seiner Zeit bestand schon der schwarze Stein, wahrscheinlich ein Meteor. Dieses schwarze Heiligtum war das Zentrum von 365 Göttern. ...

Der schwarze Stein ist die Sühnestelle des Islam. Jeder Moslem muß einmal im Leben nach Mekka, um den schwarzen Stein zu küssen. Dann sind alle seine Sünden vergeben.

Die Berührung mit den beiden monotheistischen Religionen vermittelten Mohammed zahlreiche Kenntnisse, die er dann im Koran verwertete und dabei umdeutete. Um diesem Koran Autorität zu verleihen, wurde behauptet, er sei ihm vom Engel Gabriel diktiert worden. ...

Durch seine Kontakte mit dem Monotheismus hat Mohammed viele Vorstellungen aus dem Alten und Neuen Testament in den Koran hineingetragen. Die Mohammedaner sind das ausgewählte Volk, dem sich alle Völker und Religionen zu unterstellen haben. Atheisten und Christen, Juden und abgefallene Moslems müssen sich dem Islam beugen, oder es droht ihnen die Vernichtung. ... Die Moslems sind also die Gegenspieler der Christen und Juden. Sie vertreten auch die christliche Vorstellung vom Propheten und Antichristen der Endzeit. ...

Die Geschichte eines Moslemlehrers

In Madras/Südindien hörte ich die Geschichte von Iqbal dem Moslemlehrer. Ich lernte ihn persönlich kennen, als er bereits Christ war.

Iqbal stammt aus einer fanatischen mohammedanischen Familie. Die Eltern geben sich Mühe, ihre Kinder vor jedem christlichen Einfluß zu bewahren. Leider war an ihrem Ort nur eine christliche Schule. Lesen und Schreiben konnte er dort lernen, jedoch gegenüber dem christlichen Einfluß sollte er sein Herz verschließen. Das war aber nicht so einfach; denn an der

Schule gab es einige gläubige Lehrer, die für alle Schüler beteten.

Immerhin schaffte es Iqbal, als überzeugter Moslem die Grundschule zu beenden und eine höhere Schule in Madras zu besuchen. ...

Nach Abschluß der Collegezeit besuchte Iqbal die Universität. Dort lernte er einen echten Christen kennen, der sich auf keine Rededuelle einließ, sondern sein Christsein vorlebte.

Für den feurigen Moslem war das der erste echte Anstoß zum Nachdenken. Er merkte, daß es auch Christen gibt, die nicht nur über Lehren streiten, sondern ihren Glauben ausleben.

Aus Sympathie zu dem Kommilitonen ließ er sich eines Sonntags bewegen, eine Versammlung von Vater Daniel zu besuchen, der als christlicher Führer in Madras und in ganz Südin-dien einen Namen hatte. Der alte Bruder ist vor einigen Jahren heimgegangen. Ich war mit ihm befreundet.

In der christlichen, geistgewirkten Atmosphäre der Daniel-Bruderschaft geriet Iqbal in große Anfechtung. Er erlebte eine geistliche Kraft, die ihn verwirrte, bedrängte und an seinem bisherigen Glauben irre werden ließ.

Es war eine Entdeckung, die ihn geistig geradezu niederschmetterte, daß Mohammed kein Prophet war, sondern ein religiöser Hochstapler, ein Verführer der Menschheit. Er fühlte den Boden unter sich wanken. Bei dieser Revolution trat dann der in sein Leben, der in dem Zerbruch des Alten einen festen Boden unter die Füße gab: Jesus. ...

Christophorus

Bei einer Konferenz in Java lernte ich Christophorus kennen. Kaum war er am Tagungsort angelangt, da rief ihn ein Telegramm nach Sumatra zurück. Die Moslems hatten wieder einen Mordanschlag gegen die Christen geplant.

Wo die Moslems die Herrschaft haben, sind sie brutal und grausam. Wo sie in großer Minderheit sind, benehmen sie sich freundlich und täuschen damit ihre Mitmenschen. ...

Wer unter den Moslems sich bekehrt, muß täglich auf seinen Tod gefaßt sein. Es ist ein Leben in ständiger Todesbereitschaft. Das ist eine heilsame Lektion und Situation für die, die dort Christen werden. ...

Die Moslems arbeiten mit allen Mitteln. Sie schleichen sich in geschlossene christliche Versammlungen ein, um die Christen auszukundschaften. Sie fälschen Ausweise. Sie schicken Polizei und Soldaten vor. Sie bringen Christen in die Gefängnisse. Gift und Brandstiftung - alles paßt in ihr Konzept. Sie isolieren die Christen. Sie entlassen sie aus den bisherigen Ämtern. Alle Regierungsstellen werden "sauber" gehalten. Wenn ein Moslem sich bekehrt, verliert er sofort seinen Posten. Und doch behält der Herr Jesus das letzte Wort. "Das Reich muß uns doch bleiben."

Trotz aller Bedrängnis festigt sich die Gemeinde der bekehrten Moslems. Es sind jetzt schon 1.400 Christen, alle ehemalige Moslems und Feinde des Kreuzes Christi. ...

Die derzeitige Anzahl der Moscheen in Deutschland liegt im August 2016 bei ca. 2.200 Moscheen.<<

Frankreich: Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Folterpraktiken im Jahre 1984 (x075/208-209): >>... Die traurige Wahrheit ist, daß die Folter auch in den achtziger Jahren gegenwärtiges Übel ist.

Verschiedene Methoden werden angewendet: von der alten Praxis, die Fußsohlen mit Stockschlägen zu taktieren, über den "schwarzen Sklaven" in Syrien, einen elektrischen Apparat, mit dem ein aufgeheizter Metallstab in den Anus des gefesselten Opfers eingeführt wird, oder den "schwarzen Zellen" in Ruanda, in denen die Gefangenen in vollkommener Dunkelheit ein Jahr oder länger festgehalten werden, bis hin zu der aus Gummischläuchen hergestellten Kapuze in Guatemala, in deren Augenschlitze ungelöschter Kalk geschüttet wird.

Gewisse Methoden wie die Zwangsverabreichung von Drogen in sowjetischen psychiatrischen

Anstalten, der Entzug aller Sinneseindrücke oder die Anwendung von Elektroden, die heute praktisch überall zu finden ist, machen es immer schwieriger, Folter und Mißhandlungen nachzuweisen.<<

1985

In einer irrsinnigen Welt vernünftig sein zu wollen, ist schon wieder ein Irrsinn für sich.
Voltaire, eigentlich Francois-Marie Arouet (1694-1778, französischer Philosoph und Dichter)

21.04.1985

BRD: Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt am 21. April 1985 während einer Gedenkrede im KZ Bergen-Belsen (x073/190, x075/123-124): >>... Das nationalsozialistische Deutschland versetzte die Welt in Angst und Schrecken. Diese Zeit des Mordens, ja des Völkermordes ist das dunkelste, das schmerzlichste Kapitel in der deutschen Geschichte.

Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben unseres Landes, Wissen darüber zu vermitteln und das Bewußtsein für das ganze Ausmaß, für die Dimension dieser geschichtlichen Erfahrung und Last wachzuhalten. ... Nicht zuletzt auch in der berechtigten Erwartung, daß wir das, was im deutschen Namen den Völkern angetan wurde, nicht verleugnen werden. Zu dieser historischen Haftung bekennen wir uns auch heute, 40 Jahre danach. ...<<

>>... Versöhnung mit den Hinterbliebenen und den Nachkommen der Opfer ist nur möglich, wenn wir unsere Geschichte annehmen, so wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen: zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung vor der Geschichte ...

Wir erinnern uns vor allem an die Verfolgung und die Ermordung der Juden. ... Bergen-Belsen, mitten in Deutschland, bleibt ein Kainsmal, eingebrannt in die Erinnerung unseres Volkes: wie Auschwitz und Treblinka, wie Belzec und Sobibór, Kulmhof und Majdanek. ... Die entscheidende Frage ist vielmehr, weshalb so viele Menschen gleichgültig blieben, nicht hinhörten, nichts wahrhaben wollten ... als man Bücher verbrannte, die wir zu den großen Kulturgütern unseres Jahrhunderts zählen. Als man Synagogen in Brand steckte. Als man jüdische Geschäfte demolierte. Als man jüdischen Mitbürgern verwehrte, auf Parkbänken Platz zu nehmen. ...

Von den insgesamt fast 6 Millionen sowjetischen Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten, überlebten weit weniger als die Hälfte.

Und so besinnen wir uns in dieser Stunde auch auf das Leid, das den Völkern Mittel- und Osteuropas in deutschem Namen zugefügt wurde ...

Für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft trägt Deutschland die Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung äußert sich auch in nie verjährender Scham.<<

05.05.1985

BRD: US-Präsident Ronald Reagan erklärt am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/232-234): >>... Der ... US-Psychologe Sniderman beschreibt den Gegenpol zur Selbstachtung, die stets mit einem diffusen Schuldgefühl verbunden sei und zu leichter Verletzbarkeit und zu feindseligen Reaktionen führe. Ein freudloser Mensch ohne Selbstachtung wird seinen Minderwertigkeitskomplex eher auf aggressive Weise zu kompensieren versuchen ...

Nun könnte man dagegenhalten, das Selbstwertgefühl sei in Deutschland schon immer schwächer ausgeprägt gewesen als bei seinen Nachbarn und dabei auf die Jahrhunderte alte Spottfigur des "deutschen Michel" verweisen, der es jedem recht machen will und keinem recht machen kann. ...

Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen

Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

08.05.1985

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x075/115-116, x028/190, x073/220): >>Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. ...

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen und politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir gedenken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. ...

Der Völkermord an den Juden ist beispielloos in der Geschichte. ...

Wir alle ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. ...<<

>>... Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai (1945) bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel blieben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn es ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause. ...<<

>>... Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des

Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtet später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntlang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.

40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". ...

Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. ...

Erfahrung der deutschen Bevölkerung

Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht.

Sie sollten die Folgen der Niederlage spüren. Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen, vor allem im Osten, aber nicht nur, Demontagen, weitere Vertreibungen ... aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.

Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerlumpt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück.

Die Frauen mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.

Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ostgrenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet und beschönigt Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".

Die mitteldeutsche ... Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten einzusperren. Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.

Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskau-Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.

In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze, wie z.B. das Rückwirkungsverbot, und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.

Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes, in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.

Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:

Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festgezurr. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an den Deutschen.

Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-

Regime" überlagert und verdrängt. ...

Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung. ...

Das Winseln der Besiegten

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche Besonderheit.

Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

Legendenbildung

... Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionsebenen mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust spricht:

"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".

Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. ... Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah ... Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.

Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen.

Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.

Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kontrolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt.

Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die im Laufe der Jahre immer ungläubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und

alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsieg". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?

Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde - "Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte ...", entbehrt aber der Grundlage.

Sicher dagegen ist: Weizäckers Vater Ernst von Weizsäcker, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet. Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß Ernst von Weizsäcker in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären.

Der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht, bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage bzw. Befreiung waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.

1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizäckers überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. ... Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen. ...

Ostgrenze

Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um ... den Verlust der Reichseinheit zu verhüten.

Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.

Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zugunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".

Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zugeständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben gewesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut unachgiebig. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockierung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert.

Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezah-

len: Er gehört mit zu den frühesten Befürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deutscher Politiker von Rang. ...

Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden

... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1945 geteilt - als Befreiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. ...

Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewalt-samer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbst-entmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. Übrigens auch nicht in der Innenpolitik. Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.

Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschuß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthub die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.

Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.

Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizäckers, 1945, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fort-dauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den

Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert.

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung bzw. Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergab die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...

Traditionen?

... Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen. Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind. ...

Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten. ...

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.

Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre. Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<

Mai 1985

BRD: Während des "Nürnberger Manifests" im Mai 1985 erinnert die SPD an das Schicksal der Vertriebenen (x024/329): >>Die aus dem Osten vertriebenen Deutschen hatten - stellvertretend für uns alle – mit dem Verlust ihrer Heimat einen hohen Preis zu bezahlen für eine menschenverachtende Expansionspolitik, die sich anschickte, ganze Völker, besonders das polnische und russische, zu versklaven, große Teile zu vertreiben, ihre Führungsschichten auszurotten. Trotzdem bleibt die Vertreibung von Millionen Deutschen Unrecht.

Die Vertriebenen haben schon früh deutlich gemacht, daß auch sie den Zirkel von Rache und Vergeltung durchbrechen wollen.

Darüber hinaus muß heute klar sein: Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als – für alle Deutschen schmerzliches – Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind.

Willy Brandts Politik des Friedens und der Versöhnung gründete auf dieser Einsicht. Wer die polnische Grenze auch nur rhetorisch in Frage stellt und damit ganz Europa gegen die Bun-

desrepublik aufbringt, schadet dem Volk, für das zu sprechen er vorgibt. ...<<

10.06.1985

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1985) berichtet am 10. Juni 1985 über die Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten nach 1945: >>Noch nicht fertig? Schnell!

In einer klirrend kalten Februarnacht schreckten die Bewohner einer Villa in Kalisch südöstlich von Posen jäh aus dem Schlaf. An der Haustür wurde gerüttelt, dagegen gehämmert und -getreten. Als der Hausherr öffnete, drängten sich drei Uniformierte herein. Barsch befahlen sie der Familie, Eltern und vier Kindern, ihr Haus binnen einer halben Stunde zu räumen.

Es blieb kaum Zeit zum Zusammenraffen einiger Wertsachen, warmer Kleidung und Lebensmittel. Als die Mutter einen geräucherten Schinken einpacken wollte, rissen die Eindringlinge den an sich. Sie drängten die Familie hinaus, schlossen ab und steckten den Haustorschlüssel ein. Den jungen Schäferhund Rex, der im Hof aufgereggt bellte, brachte einer der Uniformierten mit zwei Schüssen zum Schweigen. "Das Todeswünseln von Rex war der Abschied von unserem Heim", erinnert sich Tochter Teresa, damals neun Jahre alt.

Die Familie wurde in den Turnsaal der nahen Handelsschule geführt, der sich in den folgenden Tagen mit Vertriebenen füllte. Dann wurde die Kolonne, wieder nachts, zum Bahnhof getrieben und in eiskalte Viehwaggons gepfercht. Nach zwei Tagen und zwei Nächten landete der Treck in den Kasematten eines alten Forts. Dort gab es keine Heizung, außer dem Mitgebrachten nichts zu essen, der Schnee im Innenhof mußte Trink- und Waschwasser ersetzen.

Drei Wochen später wurden die Vertriebenen zu Verwandten, weit weg von ihrer Heimat, entlassen. Ihr schönes Haus in Kalisch übernahmen mit allem Inventar die neuen Herren: Ein Staatsanwalt mit seiner Familie setzte sich ins gemachte Nest.

Vertriebenenentschicksal im Osten - aber nicht 1945, dieses schon 1940. Denn Teresa Kuczynska aus der Tschestochowskastraße 20 in Kalisz (wie es damals noch und danach wieder hieß) gehörte jener polnischen Intelligenzschicht an, deren Vertreibung und Ausrottung die Deutschen ab 1939 betrieben, solange sie dazu Gelegenheit hatten.

Die Kuczynskas wurden zusammen mit 700.000 anderen Polen und 500.000 Juden ab 1939 aus dem sogenannten Warthegau vertrieben, westpolnisches Land, das nach dem Blitzsieg der Wehrmacht dem Deutschen Reich einverleibt und zum Siedlungsgebiet für Reichs- und Volksdeutsche aus dem Osten erklärt wurde.

"Es waren sehr viele darunter, die sich in die noch warmen Betten der polnischen Vertriebenen legten", erinnert sich die baltendeutsche Schriftstellerin Waltraut Villaret, die selbst 1939 aus Riga in den Warthegau umgesiedelt und 1945 aus "der neuen Heimat, die nie eine war", wieder weggetrieben wurde.

Damals, 1939, mußten verbliebene Polen Fahrräder und Photoapparate, dann auch noch Musikinstrumente und Möbel abliefern, wurden ihre Bildstöcke zerstört, die Kirchen geschlossen und die Priester deportiert. Insgesamt fast 20 Millionen Polen sollten nach den Plänen Heinrich Himmlers liquidiert oder ausgesiedelt werden, bis ins ferne Brasilien hin, wo, so Himmler, "dem fanatischen katholischen Klerus verhältnismäßig leicht die Umvolkung der katholischen Polen gelingen sollte".

Der Kriegsverlauf verhinderte die Ausführung solcher Wahnwitzpläne. Immerhin gelang es den Nazis, ein Viertel der Bevölkerung Polens zu liquidieren - darunter auch zwei Drittel der Vertriebenen-Familie Kuczynska: Der Vater wurde in Dachau ermordet, die Mutter und zwei Töchter verhungerten in Bergen-Belsen. Teresa, die jüngste, überlebte als 14jährige Auschwitz, ihr Bruder in einem Kriegsgefangenenlager nach dem Warschauer Aufstand.

"Die nationalsozialistische Politik", so der Historiker Wolfgang Benz, "war Ursache des Unglücks, das am Ende des Zweiten Weltkriegs über die Opfer von Flucht und Vertreibung hereinbrach."

Fast auf den Tag genau sechs Jahre nach der neunjährigen Teresa Kuczynska, die in einer eisigen Februarnacht das Vaterhaus in Kalisz verlassen mußte, erlitt die elfjährige Monika Taubitz im schlesischen Eisersdorf, Kreis Glatz, das gleiche Schicksal.

Am 24. Februar, einem Sonntag, kamen, so beschrieb es das junge Mädchen in ihrem Tagebuch, "polternde Schritte die Treppe heraufgestürmt, die Miliz. Sie kamen in mein Zimmer und zogen mich so sehr, daß ich beinahe aus dem Bett gestürzt wäre ... Ich zog mir etwas an ... dazwischen brüllte die Miliz "noch nicht fertig? Schnell, schnell!"

"Ich war ganz verwirrt. Auch zog ich mir ungeheuer viele Sachen an. Ein Pole trieb uns wieder an. Da brüllte ich los. Der Pole zeigte wütend auf sein Gewehr und schrie: "Du ruhig sein, sonst ich dich erschieße!" Dann mußten wir das Haus verlassen. Wir wurden bis zur Schule getrieben, dort mußten wir warten."

In Glatz wurden die Vertriebenen in Viehwaggons verladen, frierend und hungernd quer durch Deutschland gefahren, bis sie in Nordenham landeten, wo es, so die Elfjährige, "gar nicht schön ist und die Leute, bis auf einzelne Familien, sehr häßlich zu uns sind".

Monika Taubitz überlebte das Inferno, das 1945 über die völlig unvorbereiteten Menschen im deutschen Osten hereinbrach, der bis zum Sommer 1944 von Luftangriffen verschont blieb und deshalb als eines der sichersten Gebiete des Reiches galt, in das zahlreiche Ausgebombte evakuiert worden waren. Zwei Millionen von insgesamt 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bezahlten Hitlers Rechnung mit ihrem Leben.

Ihr Schicksal war, ohne daß sie davon etwas ahnten, schon 1943 in Teheran bestimmt, im Februar 1945 in Jalta endgültig besiegelt worden, als die drei Siegermächte sich über die Verschiebung Polens um 250 Kilometer nach Westen auf Kosten Deutschlands einigten.

"Polen könnte sich nach Westen verlagern wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern", befand der Brite Winston Churchill in Teheran - der sich um die betroffenen Deutschen herzlich wenig Sorgen machte: Am 15. Dezember 1944 erklärte er vor dem Londoner Unterhaus:

"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Was dann tatsächlich über die Deutschen im Osten hereinbrach, beschrieb der britische Nobelpreisträger Bertrand Russell im Oktober 1945 so:

"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen ..."

Selbst Churchill, noch Ende 1944 über das Schicksal der Deutschen im Osten "nicht beunruhigt", sorgte sich nur neun Monate später über "eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet" - denn unterdessen waren Millionen hungernder und besitzloser Flüchtlinge in den Westen Deutschlands geströmt, irrten Millionen Vertriebene durch das zerstörte Land, waren nach den Zahlenangaben von Russen, Polen und Tschechoslowaken auf der Potsdamer Konferenz der Sieger im Juli 1945 weitere Millionen Deutsche aus jenen Gebieten spurlos verschwunden, denn "wo unsere Truppen hinkamen, da liefen die Deutschen weg", beschied Stalin seine Verbündeten.

Die Polen behaupteten, auf dem von ihnen in Besitz genommenen Gebiet befänden sich nur noch "eine bis anderthalb Millionen Deutsche, die aber nach der Ernte freiwillig bereit sind, in die Heimat zurückzukehren". In Wahrheit lebten damals, im Sommer 1945, noch etwa vier Millionen Deutsche in den Ostgebieten, die aber dann auch noch ausgetrieben wurden - und zwar mit dem Segen aller in Potsdam Versammelten.

Denn im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls waren sich die Sieger trotz aller "moralischen

Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen" (Churchill) doch wieder einig: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darüber überein, daß jede derartige Überführung ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."

Wie Flucht und Vertreibung in der grausamen Wirklichkeit der Jahre 1945 bis 1947 tatsächlich aussahen, schildert anhand erschütternder Aussagen Betroffener die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa", belegen Augenzeugenberichte Vertriebenen, Besatzerakten aus jener Zeit, aber auch ausländische wissenschaftliche Untersuchungen wie die des amerikanischen Völkerrechtlers Alfred M. de Zayas über "dieses traurige Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts".

Von Durchhalteparolen Hitlers auf ihrer Scholle festgehalten, der in Kurland 300.000 vollausrüstete Soldaten für die Wahnidee einer "neuen Offensive im nächsten Frühjahr" stehenließ, während er in Ostpreußen 65jährige Volkssturminvaliden mit alten Flinten und je 18 Schuß Munitio n gegen die ins Reich stürmenden sowjetischen Panzerarmeen in Stellung schickte, wurden Millionen Deutsche im Winter und Frühjahr 1945 von rachedurstigen Rotarmisten überrannt, die der Schriftsteller Ilja Ehrenburg zum hemmungslosen Töten aufgefordert hatte. In einem Flugblatt, das unter den Soldaten verteilt wurde, hetzte Ehrenburg damals:

"Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort Deutscher für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort Deutscher ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden töten. Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten - für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen!"

Der Ort, "in dem Rußlands Rache für mehr als drei Jahre deutscher Gewaltherrschaft erstmals explodierte" (Günter Böldeker in "Die Flüchtlinge"), war Nemmersdorf in Ostpreußen, von der Roten Armee im Oktober 1944 genommen, wenige Tage später von der Wehrmacht zurückerobert.

Volkssturmmann Karl Potrek aus Königsberg berichtete der "Wissenschaftlichen Kommission der Bundesregierung zur Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa":

"An dem ersten Gehöft ... stand ein Leiterwagen. An diesem waren vier nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt ... An den beiden Scheunentüren war je eine Frau nackt in gekreuzigter Stellung durch die Hände angenagelt. Weiter fanden wir dann in den Wohnungen insgesamt 72 Frauen einschließlich Kinder und einen alten Mann von 74 Jahren, die sämtlich tot waren, fast "ausschließlich bestialisch ermordet, bis auf nur wenige, die Genickschüsse aufwiesen. Unter den Toten befanden sich auch Kinder im Windelalter, denen mit einem harten Gegenstand der Schädel eingeschlagen war."

Die Greuel von Nemmersdorf, von der Nazi-Propaganda lautstark ausgeschlachtet, versetzten die Bevölkerung im Osten in Angst und Schrecken - doch die NS-Führung verbot jede Flucht bei drakonischen Strafandrohungen.

So wurde es zwar am 20. Januar 1945 dem Generalleutnant Oskar von Hindenburg erlaubt, die Sarkophage seiner Eltern aus dem Ehrenmal von Tannenberg zu bergen, lebende Flüchtlinge aber befahl Gauorganisationsleiter Paul Dargel "über den Haufen zu schießen".

Vielen gelang, wie Marion Gräfin Dönhoff, die mit ihrem Fuchs drei Monate lang tausend Kilometer gen Westen ritt, die Flucht in letzter Stunde. Mehr aber blieben, wie in der "Festung" Königsberg, zurück und durchlitten in den nächsten Monaten Unsägliches bis zu Kannibalismus hin; von 70.000 Bewohnern überlebten in der Stadt nur 25.000.

Auch von den Flüchtlingen starben Hunderttausende auf dem Weg, an Strapazen, Hunger, von Panzern überwalzt, im Meer ertrunken:

Für 20.000 Flüchtlinge auf 135 Schiffen, darunter der von einem Sowjet-U-Boot versenkten

"Wilhelm Gustloff", endete die größte See-Rettungsaktion aller Zeiten, von der Kriegsmarine noch im Winter und Frühjahr 1945 organisiert, im Eiswasser der Ostsee, über zwei Millionen aber kamen damals noch auf dem Seeweg durch.

Wie in Ostpreußen erlebten die Menschen überall jenseits der Oder, in Pommern, in Schlesien unter der Rache der russischen Sieger und Willkür der neuen polnischen Herren das Inferno. Im pommerschen Lauenburg nahmen sich noch in der Nacht des Einmarsches der Roten Armee 600 Einwohner selbst das Leben. Im niederschlesischen Grünberg begingen in den ersten zwei Wochen der Besatzungsgreuel 500 von 4.000 Einwohnern Selbstmord. Aber kaum jemand glaubte damals schon an einen endgültigen Verlust der Heimat.

Von sechs Millionen Deutschen, die in den letzten Kriegsmonaten vor der Roten Armee geflohen waren, kehrten über 1,1 Millionen in den ersten Friedensmonaten wieder zurück, oft nur für Tage oder Wochen, bevor sie erneut fortgetrieben wurden.

Deutschen wurden laut polnischen "Sonderbefehlen" 15 Minuten Zeit gegeben, ihre Häuser und Wohnungen zu räumen. Sie mußten die Schlüssel außen steckenlassen und durften 16 Kilo Handgepäck mitnehmen - das sich in zahlreichen Plünderungskontrollen bis zur Grenze meist auf Null reduzierte. Der Oberstudienrat Dr. Müller aus Danzig hatte, als er im Lager Scheune, der Endstation der Vertriebenenzüge auf polnischem Gebiet, ankam, nur noch seine Unterhosen an.

Andere Lager, wie das berüchtigte Lager Lamsdorf zwischen Oppeln und Neiße, wurden zur Todeshölle für Deutsche. Ein damals 20jähriger Partisan namens Gimborski ließ dort zwischen Juli 1945 und Herbst 1946 Tausende Oberschlesier nach schlimmster SS-Art foltern und ermorden. An einem einzigen Tag, dem 4. Oktober 1945, wurden bei einem Barackenbrand fast 600 Insassen erschossen, erschlagen oder verbrannt. Von über 800 Kindern kamen 600 um, insgesamt starben im "Sammellager" Lamsdorf 6.500 Vertriebene einen gewaltsamen, den Hunger- oder Seuchentod.

Wie die Polen, bei denen vorher die Nazis so furchtbar gehaust hatten, wüteten auch die Tschechen, die weit weniger unter der NS-Herrschaft gelitten hatten, gegen alles Deutsche. So wie unter den Nazis der Judenstern gab nun eine weiße Armbinde oder der Buchstabe N (für Nemeč = Deutscher) die so gebrandmarkten Menschen jeglicher Willkür preis: Sie durften straflos gequält, beraubt, vergewaltigt und totgeschlagen werden, zum Teil in denselben Lagern, in denen vorher die SS Juden ermordet hatte, wie Theresienstadt.

Am 31. Juli 1945 verübte der Mob in Aussig nach einer Explosion in einem Munitionslager ein Massaker unter Deutschen. Die Zahl der Opfer wird auf tausend bis dreitausend geschätzt. Von den über drei Millionen Sudetendeutschen kamen etwa 270.000 um.

Noch schlimmer erging es den Volksdeutschen in Jugoslawien. Über ein Viertel, 135.000 von 500.000, büßten ihr Leben ein. Aus Rumänien wurden auf sowjetisches Drängen fast 100.000 Volksdeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjet-Union deportiert. Lediglich bei der ebenfalls von Stalin geforderten Vertreibung der Deutschen aus Ungarn kam es nur vereinzelt zu Grausamkeiten; 35.000 wurden in die UdSSR verschleppt, etwa die Hälfte verblieb im Land.

Insgesamt kamen bei der Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen und Deutschstämmigen aus dem Osten Deutschlands, der Tschechoslowakei und Südost-Europa zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge um - Zahlen, allenfalls vergleichbar mit der erzwungenen Völkerwanderung und dem Sterben nach der Teilung der indischen Kronkolonie in Indien und Pakistan 1947. Auch dort flüchteten etwa elf Millionen Menschen, starben zwischen einer halben und zwei Millionen auf der Flucht.

Was oftmals jenseits aller Horrorvorstellungen Menschen im Osten Deutschlands damals durchmachten, schilderte Frau M. N. aus Bärwalde in Pommern für die Dokumentation des Vertriebenenministeriums.

Als im März 1945 die Russen und Polen über Pommern kamen, wurden Frau M. N. und ihre

Schwester am ersten Tag im Beisein ihres Mannes und dreier Kinder von Dutzenden von Russen vergewaltigt. Nach der ersten Gewalt-Orgie flüchtete die Familie auf einen Heuboden. Doch Spuren im Schnee führten neue Peiniger zu ihnen, die den zwei erschöpften Frauen wieder Gewalt antaten.

Dann kamen Uniformierte und Zivilisten, vergewaltigten die Frauen, erdrosselten die drei Kinder und hängten danach die drei Erwachsenen auf.

Bei Frau M. N. brach der Strick, sie fiel herunter. Als sie erwachte, lag sie auf einem Bett in ihrer Wohnung, ein Pole fragte sie: "Frau, wer gemacht?" Ich sagte, die Russen, da schlug er mich und sagte: "Russen gute Soldaten, deutsche SS-Schweine hängen Frauen und Kinder."

Frau M. N. bekam einen Schreikrampf und stürzte zum Bach nahe dem Haus, um sich zu ertränken. Aber auch da wurde sie wieder gerettet und zu Bekannten gebracht. Dort leuchtete ihr nachts ein Russe mit der Taschenlampe ins Gesicht. Sie schrie und bat, er möge sie erschießen. Der Russe sagte, er sei Oberleutnant und sie brauche keine Angst zu haben.

Dann rieb er sie mit einem Handtuch trocken und vergewaltigte sie. Nach ihm kamen noch vier betrunkene Soldaten und mißbrauchten sie immer wieder. Als sie vor Schwäche nicht mehr zu gebrauchen war, schlugen und traten sie die Frau, bis sie von neuem ohnmächtig wurde. Später wollten andere Russen sie als Faschistin erschießen, weil über dem Bett, in dem sie lag, ein Hitlerbild hing. Ein Offizier verhinderte es, man ließ die wimmernde "Verrückte" laufen.

Bekannte brachten Frau M. N. zum sowjetischen Ortskommandanten, der die Schilderung ihrer Horrorerlebnisse unwirsch mit der Bemerkung unterbrach, deutsche SS hätte in Rußland vier Jahre so gehaust. Doch dann stellte er sie als Köchin und Näherin für die Kommandantur an und ließ sie sogar, als die Polen die Frau wegen der Erzählungen über den Massenmord an ihrer Familie - den polnische Partisanen und Zivilisten verübt hatten - festnehmen wollten, in einem Sanitätsauto über die Grenze nach Deutschland bringen.

Frau M. N. - eines von Millionen Vertriebenenenschicksalen, über die der Politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Robert Murphy, am 12. Oktober 1945 nach Washington telegraphierte: "Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken."<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1985) berichtet am 10. Juni 1985 über die deutschen Vertriebenen, ihre Verbände und Funktionäre in der bundesdeutschen Politik:

>>**Wir missionieren bis an die Memel**

Die Kieler Ostseehalle war bis auf den letzten Platz gefüllt, über 5.000 Teilnehmer hatten sich zu einer "nationalen Feierstunde" eingefunden. Redner beschworen den "unauslöschlichen Reichsgedanken" und das "ganze Vaterland". Am Ende "klang die in größter Disziplin verlaufene Kundgebung", so ein Bericht der Veranstalter, "mit dem Großen Zapfenstreich und allen drei Strophen des Deutschlandliedes aus".

Das nahm sich, in Rahmen und Reden, wie ein Rendezvous von Rechtsextremen aus, war jedoch eine Wahlveranstaltung westdeutscher Vertriebenenpolitiker: So patriotisch und pathetisch zog, im Juli 1953, der Gesamtdeutsche Block/ Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) in den Kampf um die Mandate für den zweiten Deutschen Bundestag. "Wir sind", sprach der BHE-Gründer Waldemar Kraft, "die einzige neue, echte politische Partei mit Volksgemeinschaftscharakter und gesamtdeutschem Anspruch."

Noch als reine Interessenpartei des Lastenausgleichs und der Wohnraumbeschaffung hatte der Vertriebenen-Block drei Jahre zuvor in seinem Ursprungsland Schleswig-Holstein aus dem Stand einen fast sensationellen Landtagswählerfolg mit 23,4 Prozent der Stimmen erzielt. Nach seiner raschen Ausbreitung in fast allen Bundesländern und weiteren Wählerfolgen schien der BHE "den Durchbruch des 5. Standes in das politische Leben der Deutschen" zu markieren, wie die "Gewerkschaftlichen Monatshefte" verblüfft kommentierten.

Doch Mitte der fünfziger Jahre streifte die Flüchtlingspartei das Proletarier-Image ab, um Größeres, Gesamtdeutsches zu bewegen. BHE-Politiker wie der ehemalige schlesische Gutsbesitzer Friedrich von Kessel, der in Niedersachsen zum Landwirtschaftsminister avancierte, fühlten sich nun berufen, "dem deutschen Volk wieder ein echtes Nationalbewußtsein beizubringen". Das Parteisymbol des Gesamtdeutschen Blocks, Berlins Brandenburger Tor, kennzeichnete die neue Marschrichtung.

Der Ostpreuße und BHE-Mitgründer Alfred Gille, einst bei der NSDAP und der SA, wollte, daß "der Blick nicht endet an der Oder-Neiße-Linie, sondern bis in die Räume hineingeht, wo deutsche Menschen Jahrhunderte gelebt und abendländische Kultur geschaffen haben".

Der deutsche Osten müsse, so der sudetendeutsche BHE-Abgeordnete Frank Seiboth, ein früherer NS-Gauschulungsleiter, der es zum Staatssekretär im hessischen Landwirtschaftsministerium brachte, "wieder die Kornkammer des Reiches werden, damit wir in der Enge des halben Deutschland nicht ersticken". Seiboth: "Wir missionieren für Deutschland! Von der Saar bis an die Memel!"

Das waren Perspektiven und Zeiten, von denen Vertriebenenprofis heutzutage nur träumen können - die Jahre des Kalten Kriegs und des kreuzzugartigen Antikommunismus; Jahre, in denen sich die junge westdeutsche Republik wiederbewaffnete und in das westeuropäische Verteidigungsbündnis integrierte.

Da war die Rückkehr der "reichsdeutschen" Vertriebenen nach Pommern, Schlesien oder Ostpreußen noch nicht zur Schimäre verblaßt; für Optimisten schien sie vielmehr eine durchaus realistische Vorstellung zu sein. Politiker aller in Bonn präsenten Parteien - die KPD wurde 1956 für verfassungswidrig erklärt und verboten - sparten nicht mit feierlichen Gelöbnissen und Gebietsansprüchen rechtstheoretischer Art. Auch die SPD stand noch stramm zur Parole ihres 1952 verstorbenen, aus Westpreußen stammenden Führers Kurt Schumacher: "Die deutsche Sozialdemokratie wird um jeden Quadratmeter des Landes jenseits von Oder und Neiße ... einen zähen Kampf führen."

Solange die westdeutsche Ost-Außenpolitik vom "Wandel durch Annäherung" (SPD-Vordenker Egon Bahr) noch meilenweit entfernt war, nahmen christliche wie sozialistische Demokraten den großdeutschen Verbalradikalismus von Vertriebenenpolitikern und Verbandsfunktionären ebenso gelassen hin wie die Tatsache, daß deren Organisationen von Ex-Nazis reichlich durchsetzt waren. Und solange Vertriebenenpolitiker im Bonner Bürgerblock der Adenauer-Kabinette mitmischen durften, hatten die revanchistischen Reden offenbar auch einen gewissen Zweck:

Die Vertriebenen sollten, wie das der Sudeten-Sprecher Walter Becher, einer der schärfsten Agitatoren, später beschrieb, stets "zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden konnte".

Vertriebenenultras forderten damals nicht die "Wiedervereinigung", sondern die "Befreiung" der "Russenzone", sie schürten Aggressionen und schufen Feindbilder.

"Sehen wir denn nicht", so tönte Adenauers Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm, dessen Sonntagsreden maßgeblich zu den Revanchismus-Anwürfen aus Warschau, Prag und Ost-Berlin beitrugen, 1958 auf dem Stuttgarter Sudeten-Treffen, "wie aus dem Osten die Tollwut auf uns zukommt? Wir sollten die Zeichen erkennen, aber wir stecken den Kopf in den Sand und in den Freßnapf."

Schon 1948 glaubte Theodor Oberländer, der spätere Vertriebenenminister Adenauers mit tiefbrauner Hypothek, daß die Westdeutschen zur "Überwindung des Bolschewismus" sowohl ein "Programm zur politischen Kriegführung bis zum Ausbruch des Waffenkrieges" als auch eines "zur Unterstützung des Waffenkrieges" benötigen würden (so Oberländer in einem Brief an den Fürsten zu Waldburg-Zeil).

Immer wieder berichtete die Vertriebenenpresse über angeblich verwaarloste, "halb men-

schenleere" Landstriche im ehemals deutschen Osten, wo unter den polnischen und tschechischen Neu-Siedlern eine "Auswanderungspsychose" grassierte. Der "Göttinger Arbeitskreis" vertriebener Wissenschaftler beschrieb 1958 Posen und Pommern als "Zone des allgemeinen Verfalls", die "wie eine schwärende Wunde die Gesundheit Europas verhindert".

Die Vertriebenenprofis begriffen sich denn auch als "Elitebataillon im abendländischen Entscheidungskampf" (so der sudetendeutsche CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Schütz), als "Träger der besten Werte von Volkstum und Menschentum" überhaupt ... oder, etwas salopper, als "Sauerteig des deutschen Volkes".

Vor allem der Vertriebenenblock BHE wählte sich auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung als "berufenster Träger" gesamtdeutscher Anliegen. Parteigründer Kraft, den Adenauer 1953 neben dem Vertriebenenminister Oberländer als "Sonderminister" (ohne sonderliche Kompetenzen) ins Kabinett nahm, betrachtete die "Altparteien" als "Zweckschöpfungen der Besatzungsmächte, die man aus der Mottenkiste der Weimarer Republik geholt" habe. Als "Versager von 1933" verdienten sie nach Ansicht des Ostpreußen kein Vertrauen mehr. "Wir sind", glaubte Kraft, "die letzte Hoffnung von Millionen."

Andersherum war das jedoch eher richtig: Die Kraft-Partei richtete ihre Hoffnungen auf die Millionen von Flüchtlingen und Aussiedlern, die sich in den Westen Deutschlands ergossen hatten, hier mehr als 15 Prozent der Bevölkerung stellten und sich - vornehmlich in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein - in einer kaum überschaubaren Vielfalt von Verbänden und Vereinigungen samt Unter- und Nebengliederungen, berufsständischen und konfessionellen Organisationen formierten.

Heraus ragten am Ende 21 Landsmannschaften (LM), denn neben den großen Gruppierungen der Schlesier, Sudetendeutschen, Pommern und Ostpreußen organisierten sich unter anderen auch Mark Brandenburger, Deutschbalten und Siebenbürger Sachsen, Bessarabien-, Karpaten- und Buchenlanddeutsche, und alle existieren noch immer.

Doch der großen Vertriebenenbewegung, die sich im Kleinen ausspezialisierte bis etwa zu einer "Vereinigung sudetendeutscher Kinobesitzer" oder dem "Verband früherer Ostmühlen", mangelte es an der Geschlossenheit ihrer Führungsriege. Zehn Jahre lang konkurrierten der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" (ZvD; ab 1951: "Bund der vertriebenen Deutschen", BvD) und die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL; ab 1952: "Verband der Landsmannschaften", VdL), ehe sie sich, im Dezember 1958, zum "Bund der Vertriebenen" (BdV) zusammenschlossen.

Zwar einigten sich die beiden ursprünglichen Dachorganisationen auf eine Art kooperative Aufgabenteilung: Der landsmannschaftlich übergreifende ZvD/BvD sollte sich um die sozial- und wirtschaftspolitischen Existenzfragen der Vertriebenen kümmern und sich den Behörden, Parlamenten und Parteien als "Ergänzungsbürokratie" anbieten; die Landsmannschaften wollten derweil den kultur- und heimatpolitischen Part übernehmen und verhindern, daß die Landsleute "den Blick für das große Ziel, die Rückkehr, verlieren" (so Erich Mende aus Groß-Strehlitz, Mitgründer der LM Oberschlesien, später FDP-Vorsitzender und Minister für Gesamtdeutsche Fragen).

Einig waren sie sich vor allem in der zentralen Frage ihrer materiellen Absicherung: Bei der Ausformung des 1952 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes über den Lastenausgleich (LAG), dem eine Unsumme von Novellierungen folgte, fungierten Vertriebenenpolitiker zum erstenmal offen als Lobby und politische Pressure Group (Interessengruppe).

Die überaus erfolgreiche LAG-Lobby war vermutlich der gewichtigste Beitrag der Vertriebenen zum politischen Geschehen in der Bundesrepublik. Mit einem Gesamtvolumen von fast 150 Milliarden Mark geriet der Lastenausgleich laut Bayerns früherem Sozialminister Fritz Pirkel zur "größten legalen Vermögensumverteilung in der Menschheitsgeschichte".

Die Abwicklung der letzten LAG-Fälle wird, so schätzen Experten, noch bis zum Jahre 2040

dauern.

Versuche einiger Landsmannschaften, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen, schlugen freilich ebenso fehl wie die Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung ihrer ehemaligen Territorien im Grundgesetz oder das Verlangen nach sogenannten stummen Sitzen im Bundesrat als Vertreter von "Volksgruppen zur Zeit ohne Raum".

In der westdeutschen Vertriebenenszene schien das innige Landsmannschaftentreiben jedenfalls eine konforme Interessenlage der Neubürger zu reflektieren - und das mußte einer Vertriebenenpartei wie dem BHE geradezu wie eine politische Futterkrippe vorkommen, war doch der Block mit den Verbänden vielfach in Personalunion verflochten.

Doch die großen Hoffnungen trugen, das stattliche Wählerpotential der Vertriebenen sicherte dem BHE - Ironie des Geschehens - keineswegs eine Dauerexistenz. Schon bei der Bundestagswahl von 1953 erzielte die Partei nur 5,9 Prozent Stimmenanteil, weit weniger als erwartet; vier Jahre danach scheiterte sie bereits mit 4,6 Prozent an der Sperrklausel und verschwand für immer von der Bonner Bühne.

Der Vertriebenenführer Linus Kather wertete es später in einem verbitterten Rückblick ("Die Entmachtung der Vertriebenen", 1964) als "eines der merkwürdigsten Phänomene der Geschichte", daß Millionen von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik "aufgegangen" seien, "ohne einen eigenständigen politischen Willensfaktor von Dauer und Gewicht entwickelt zu haben".

Doch so seltsam ist der Vorgang auch wieder nicht, seine tieferen Ursachen sind vielmehr offenkundig: Mit der fortschreitenden Integration der Flüchtlinge in das Land des aufkeimenden "Wirtschaftswunders" (zu dem sie selber einen bemerkenswerten Beitrag leisteten) verflüchtigten sich die Sehnsüchte der Neubürger nach ihrer alten Heimat.

Gescheitert war überdies der Versuch, den Heimat-Block mit einer nationalistischen Rezeptur am Leben zu erhalten. Denn auch die deutschlandpolitischen Positionen schienen den Vertriebenenwählern offenbar noch besser bei der CDU/CSU aufgehoben, in deren Reihen sich eh immer mehr Vertriebenenpolitiker tummelten.

Der BHE erfüllte, wie Wissenschaftler seine historische Rolle beschreiben, eine "Transportfunktion": Er gab die rechtskonservativen Kräfte, nicht nur Vertriebene, die er anfangs auf sich gezogen hatte, wie gebündelt an die Unionsparteien weiter - Wähler wie Scharen von Mitgliedern und Mandatsträgern. Die Vertriebenenfunktionäre wurden, von der vergleichsweise verschwindend geringen Zahl der SPD-Anhänger abgesehen, zu einem "gefundenen Fressen für die CDU" (Kather).

Fast alle Landsmannschafts-Sprecher und namhaften BdV-Funktionäre standen oder stehen seitdem im Lager der Union, wie heute (die) Ober-Schlesier Herbert Hupka und BdV-Präsident Herbert Czaja, beide CDU-Bundestagsabgeordnete, oder der Sudeten-Vormann Franz Neubauer, bayrischer CSU-Staatsminister für Arbeit und Soziales.

Mit einer neuen Parteigliederung "Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" (erster Vorsitzender: der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl) ernannte sich die CDU 1969 zur "politischen Heimat für alle Heimatlosen".

Dabei war durchaus fraglich, ob der erste CDU-Kanzler Konrad Adenauer wirklich ein Herz für die Heimatlosen hatte: "Wir wollen", beklagte er sich gelegentlich über die Anstellung schlesischer Schulräte in seinem Rheinland, "den ostischen Geist hier nicht haben." Doch für die Bonner Politik kamen dem CDU-Vorsitzenden die Vertriebenen allemal zupaß, um Mehrheiten zu sichern und die Sozialdemokraten zu isolieren.

Der Mann, der Adenauers CDU die Vertriebenen zuführte und zur Symbolfigur für die Rechtslastigkeit dieser Liaison wurde, war Theodor Oberländer, der Ressortminister von 1953 bis 1960. Der promovierte Land- und Volkswirtschaftler aus Thüringen war einst beim Hitler-

Putsch von 1923 mitmarschiert, hatte als Reichsführer des Bundes Deutscher Osten (BDO) und als Ostexperte der Wehrmacht-Sondereinheit "Nachtigall" maßgeblich zur "rücksichtslosen Germanisierung" der östlichen Nachbarn beigetragen.

Oberländer brachte es sogar fertig, die Schlüsselpositionen seines Ministeriums systematisch mit ehemaligen Nationalsozialisten zu besetzen. Adenauer hielt trotz aller Vorwürfe an dem Minister fest, den er für einen tiefen Kenner Osteuropas hielt. Und der durchtriebene Karriereist konnte vor seinen alten BHE-Gefährten protzen: "Seitdem ich Mitglied der CDU bin, kann ich direkt zum Alten gehen, wenn ich etwas will."

Die Vertriebenenbewegung mauserte sich von einer mehr sozialpolitischen zu einer mehr außenpolitischen Pressure Group, die freilich auch Druck bei Unionspolitikern machte. Denn Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre stellte das Bonner Auswärtige Amt unter den CDU-Ministern Heinrich von Brentano und Gerhard Schröder die ersten zaghaften Überlegungen für nachbarschaftliche Beziehungen zu Polen und der CSSR an. Vertriebenenprofis, die ahnten, daß sich allmählich eine konstruktive Ostpolitik anbahnen würde, zeterten bereits "Verrat" und "Verzicht".

Mit dem bösen Schimpf "Verzichtspolitiker", einer bewußten Anspielung auf die "Erfüllungspolitiker" der Weimarer Republik, belegten radikale Vertriebenenredner von da an fast jeden, der auch nur vage verdächtig schien, deutschen Boden preisgeben zu wollen - den SPD-Staatsrechtler Carlo Schmid wie CDU-Kanzler Adenauer, den SPIEGEL wie den katholischen "Rheinischen Merkur", Pastor Martin Niemöller wie alle Verfechter der EKD-Denkschrift zur "Lage der Vertriebenen" von 1965.

"Verzichtspolitiker", das verlangten im Frühjahr 1963 vier Landsmannschaften gleichzeitig, sollten wegen "hochverräterischer Äußerungen" strafrechtlich belangt werden. Allerdings stützten sie sich dabei auf ein abenteuerliches Gutachten des Würzburger Staatsrechtlers Friedrich August von der Heydte, von dem sich nicht nur Fachleute, sondern auch der Bund der Vertriebenen alsbald distanzierte.

Verzichtserklärungen jedweder Art würden, so drohte im Bundestag der CSU-Abgeordnete Georg von Manteuffel-Szoegge, die Vertriebenen "in die Illoyalität treiben". Auch seien sie unnötig, meinte der Deutschbalte, denn "die Polen glauben ohnehin nicht, daß wir ihnen unsere Ostgebiete lassen".

Was immer aber die Vormänner der Vertriebenen beschworen und beteuerten - es entsprach kaum mehr der Realität an der Vertriebenenbasis. Glaubten 1953 noch drei Viertel der Pommern oder Schlesier an die Rückkehr, so war es, wie Umfragen ergaben, 1964 nur mehr ein Viertel. Acht Jahre später betrachteten bereits 56 Prozent der Vertriebenen die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze als richtige und wünschenswerte Voraussetzung für normalisierte Beziehungen zu Polen; nur 24 Prozent hielten sie für falsch.

Zu keiner Zeit gehörten den Vertriebenenverbänden mehr als zwei von zehn ihrer Landsleute an. Und Wahlanalysen zeigten alsbald auch: Das Wählerverhalten der Vertriebenen entsprach annähernd dem der übrigen Bevölkerung.

Eine Untersuchung der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik zum Thema "Junge Vertriebene: Abschied vom politischen Erbe" kam, ebenfalls schon 1972, zu dem Ergebnis: Die Politik der Vertriebenenverbände "verliert zunehmend an politischer Legitimation"; auf Verbandstreffen würden die Funktionäre zuweilen Forderungen im Namen aller Mitglieder erheben, die diese jedoch "in der großen Mehrheit nicht teilen".

Dennoch nahmen selbst die Sozialdemokraten, die in der Großen Koalition (1966 bis 1969) und schließlich in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition (1969 bis 1973) die deutsche Ostpolitik wendeten - Ergebnisse: die Gewaltverzichts-/Grenzenerkennungsverträge mit Polen und der Sowjet-Union sowie der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag mit der DDR -, lange noch erstaunlich viel Rücksichten auf die Berufs-Heimatvertriebenen.

Bis 1969 schien die Toleranz einigermaßen verständlich: Die SPD stellte damals mit dem Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs vorübergehend den BdV-Präsidenten und hoffte, der Vertriebenenbund würde zur Entspannungspolitik allmählich eine gemäßigttere Haltung einnehmen. Daß wahltaktisches Finassieren kaum von Belang sein würde, erwies sich jedoch nicht zuletzt wiederum am Fall des BdV-Präsidenten.

Rehs verließ, als der SPD-Vorsitzende und damalige Außenminister Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag vom März 1968 in Nürnberg zum erstenmal den Entspannungskurs formulierte ("Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung"), demonstrativ den Saal - und wenig später auch die Partei. Im Handumdrehen wurde der Rechtsanwalt Mitglied bei der CDU, nachdem der Vertriebenenbund die Frage aufgeworfen hatte, ob denn der Wähler "einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtstatbestände anerkennt".

Für Rehs zahlte sich der fixe Wechsel jedoch nicht aus. Die CDU schanzte dem Überläufer zwar für die Bundestagswahl den bis dahin sicheren Unionswahlkreis Verden an der Aller zu, der verlor ihn aber allen Erwartungen zum Trotz an den SPD-Kandidaten und nachmaligen Städtebauminister Karl Ravens.

Für den Endkampf gegen die Ost-Verträge - Begleitmusik zu den hitzigen Bundestagsdebatten von 1970 bis 1972 - brauchten die Vertriebenen andere Redner: Franz Josef Strauß zum Beispiel, der gerade zur "Rettung des Vaterlands" blies. Der CSU-Vorsitzende heizte im Mai 1970 eine Vertriebenenkundgebung mit 30.000 Teilnehmern auf dem Bonner Marktplatz auf: "Diese Regierung ... muß umkehren oder verschwinden." Das klang nur etwas vornehmer als die radikalen Vertriebenenparolen: "Fegt ihn weg, den roten Dreck."

Das Bonner Spektakel, ähnliche folgten, machte nun auch geduldige Genossen stutzig. "Es gibt da", erkannte SPD-Geschäftsführer Jürgen Wischniewski, selbst Vertriebener aus Ostpreußen, "eine völlige Solidarisierung mit der CSU." Dennoch zog die SPD, obschon immer wieder wütenden Anwürfen ausgesetzt ("Volksverräter Willy Brandt, heraus aus unserem Vaterland"), daraus nicht die Konsequenzen, die möglich gewesen wären - etwa die Spaltung des Bunds der Vertriebenen.

Den Ansatz dazu, 1970 initiiert durch die Bundestagsabgeordneten Günter Slotta und Manfred Wende, beide Schlesier, die bereits Einladungen für eine Gegenründung verschickt hatten, unterdrückte Fraktionschef Herbert Wehner. Der "Onkel" wollte es in der kritischen Situation vor der Ratifizierung der Ost-Verträge durch den Bundestag nicht ganz mit dem BdV verderben.

Die SPD/FDP-Koalition benötigte bei ihrer hauchdünnen Mehrheit von zwei Mandaten auch den Ober-Schlesier Herbert Hupka, der bis Februar 1972 noch die SPD-Bank drückte.

Der Sanftmut der sozialliberalen Koalition im Umgang mit Vertriebenenpolitikern mag durchaus opportun gewesen sein; gewiß durfte man auch darauf spekulieren, daß die Vertriebenen allmählich zur Ruhe kommen würden, wenn erst einmal die Ost-Verträge unter Dach und Fach gebracht wären. Tatsächlich flachte ihre Aktion Widerstand sogar schon vor der Vertragsratifizierung deutlich ab - vorsichtige Vertriebenenführer befürchteten offenbar, ein klägliches Scheitern des Obstruktionskurses könnte ihr Prestige schmälern.

Die Kundgebungen wurden kümmerlicher: Statt der 30.000 Teilnehmer von 1970 kamen zwei Jahre später nur noch knapp 2.000 zur Bonner BdV-Demo.

Ernüchternd mußte es auf die BdV-Funktionäre schließlich wirken, daß sich die CDU/CSU-Fraktion bei der Bundestagsabstimmung über die Ost-Verträge im Mai 1972 mehrheitlich der Stimme enthielt.

Für die Vertriebenenverbände begann der Abstieg in die schiere Bedeutungslosigkeit, sie gerieten am Ende zu beinahe Vergessenen und Verdrängten, die nur noch ein "kümmerliches politisches Dasein im stillen Kämmerlein fristeten" ("Die Zeit").

Bis sie von den Bonner Wende-Künstlern, wofür auch immer, aus dem Dornröschenschlaf geweckt wurden und mit Parolen wie "Schlesien bleibt unser" neue Revanchismus-Vorwürfe aus dem Osten provozierten.

Im April 1960 verurteilte das Oberste Gericht der DDR Oberländer in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft wegen "fortgesetzt begangenen Mordes" und "fortgesetzter Anstiftung zum Mord", der im Sommer 1941 in Lemberg durch die Nachtigall-Einheit an mindestens 3.000 Personen begangen wurde; Oberländer ließ, wozu ihm das Bonner "Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen" die Möglichkeit bot, das DDR-Urteil für wirkungslos erklären.<<

Juni 1985

BRD: Herbert Czaja (1914-1997) schreibt im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12): >>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.

... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...

... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<

01.11.1985

DDR: An der "Zonengrenze" werden am 1. November 1985 die letzten Minensperren geräumt.